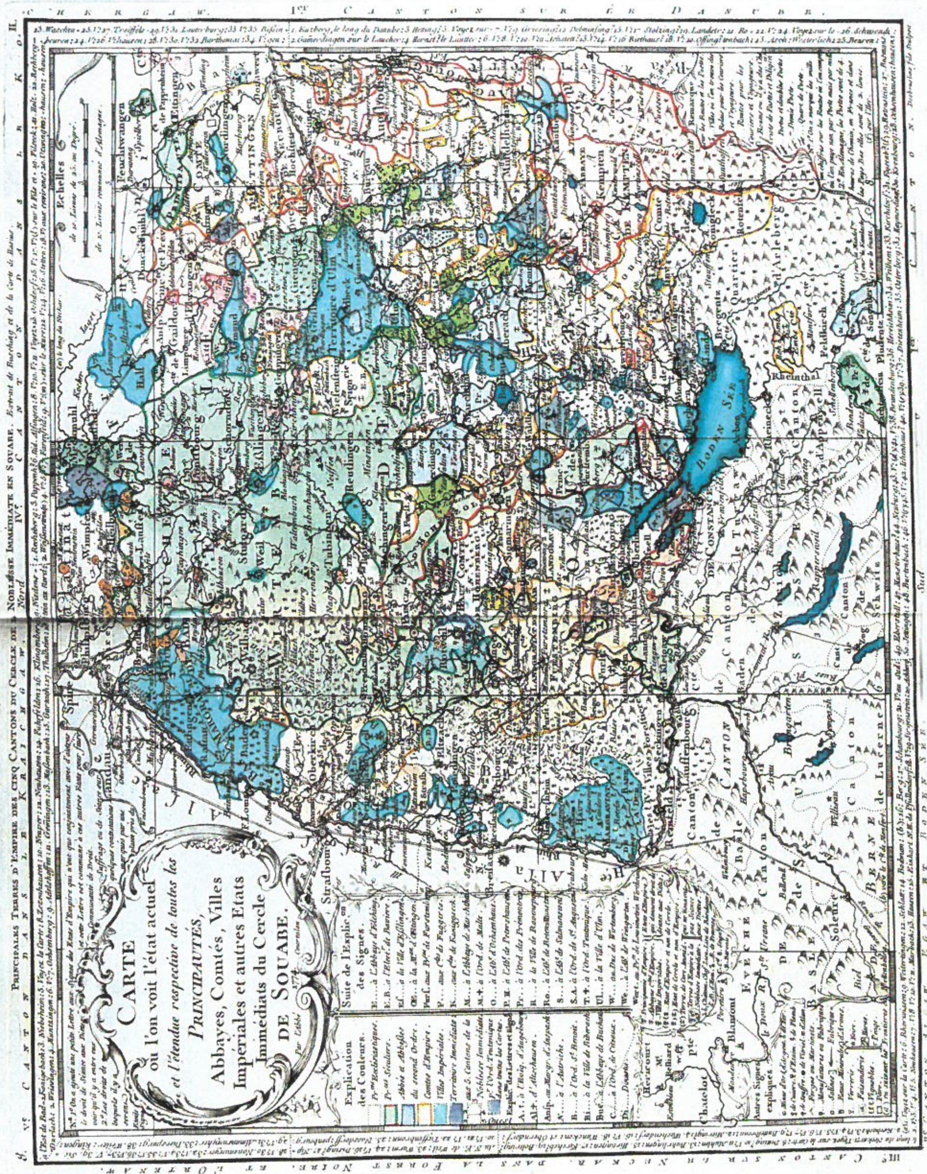


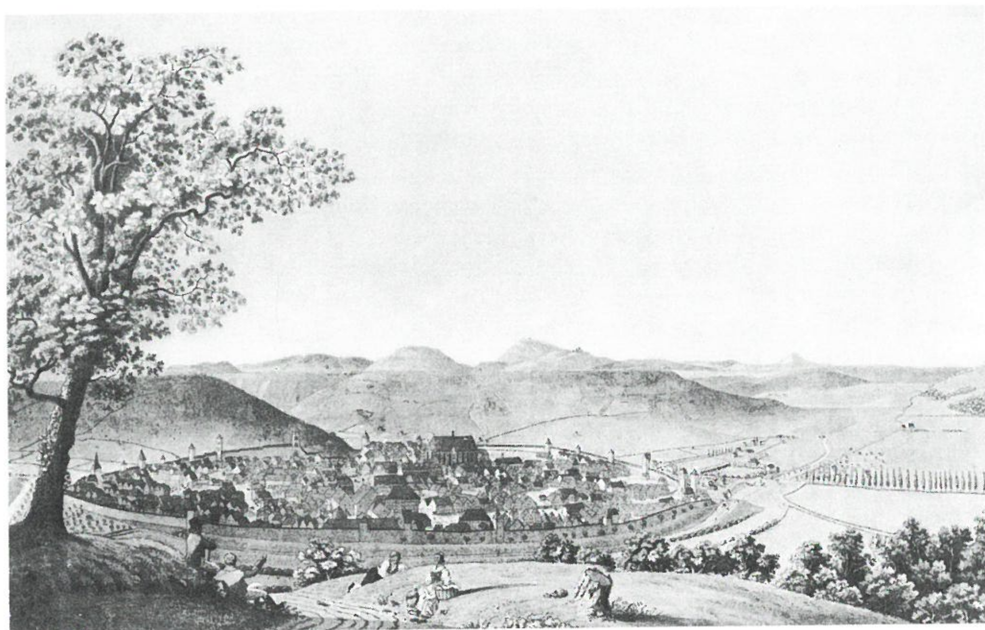
„Cercle de Souabe". Kolorierte Kupferstichkarte von Desbruslins fils, 1774. 21 x 31 cm. Gebiet zwischen Möckmühl und Feldkirch sowie zwischen Straßburg und Augsburg. Um den Rand sind die Kantone mit den Städten aufgeführt.

200 Jahre Säkularisierung und Mediatisierung in Schwäbisch Gmünd

„Wo ein Gmünder hinreist und er sagt, daß er aus dem Königreich Württemberg wäre, wird er verlacht, bedauert“

Klaus Jürgen Herrmann

Die Koalitionskriege, die das Reich 1792 bis 1797 und 1799 bis 1801 gegen die französische Republik führte, schlugen in ihrer Auswirkung auch auf Ostwürttemberg zurück: Französische und kaiserliche Besatzungen und Kontributionen an die Kriegsparteien höhlten die letzten wirtschaftlichen Ressourcen zumindest in den Reichsstädten aus, spätestens seit 1797 war die einstmals reiche Kaufmannsstadt Schwäbisch Gmünd, verursacht auch durch innerstädtisches Missmanagement und eingeschränkte Exportmöglichkeiten seiner Silber- und Goldwaren in Kriegszeiten, bankrott. Auch spätestens seit dem Frieden von Lunéville 1801 war im übrigen mehr oder weniger bekannte Tatsache, dass in einem *Entschädigungsplan* dem Herzogtum Württemberg für die verloren gegangenen Gebiete im Elsass um Mömpelgard und Reichenweiher die Reichsstädte in Schwaben und die Fürstpropstei Ellwangen zugeschlagen werden sollte. Pikanterweise saß in der Kommission, die auf dem Immerwährenden Reichstag in Regensburg über Höhe und Art der Entschädigungen entschied, das selbst betroffene Herzogtum Württemberg: Württemberg bestimmte also den Umfang seiner Entschädigung selbst – ein wohl einmaliger Vorgang.



Schwäbisch Gmünd mit Hohenstaufen, Rechberg, Stuifen; kolorierter Kupferstich von Johann Sebald Baumeister, um 1810

In der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd führte man in dieser Angelegenheit eine Vogel-Strauß-Politik und steckte vor den Problemen im wahrsten Sinn des Wortes den Kopf in den Sand. Zwar wurden hier und da leise Zweifel geäußert, ob man die Existenz als *Freie Reichsstadt* aufrecht erhalten könne, man tröstete sich jedoch damit, dass Russland und Österreich eine Veränderung der territorialen Karte Europas nicht zulassen würden und es darum einen neuen Krieg geben könnte: Deshalb die Hoffnung, der Status Quo werde erhalten bleiben (D. Debler, Chronik V/2, 818). So viel zur politischen Selbsteinschätzung der führenden politischen Persönlichkeiten in der Reichsstadt an der Rems, wo man wirklich zu glauben schien, dass zwei oder sogar drei Großmächte für den Bestand von Reichsstädten einen Krieg mit Frankreich riskieren würden.

In der Stadt war der gesamte Magistrat und besonders die Verwaltung in der Bürgerschaft nicht gerade gut angesehen, die Beamtenschaft galt als faul und zumindest teilweise korrupt: *So geht es, wenn ein Magistrat die großen, wie die kleinen Einklagen in die lange Bank hinaustraget, wodurch nur grösseres Übel erwachst. Man achtet hierin kein Beklagen, erhört keine gerechte Bitte, zuletzt wird man öffentlich beschimpft, wie wirklich der Fall ist, daß in der Kanzlei eine solche Faulheit, Liederlichkeit und man darf sagen Unverstand und Dummheit regiert, das nicht zu beschreiben. Die wichtigste und aufdringlichste Notwendigkeit werden nicht expediert, bleiben liegen und nach langer Zeit, wenn darüber urgiert (= gedrängt) wird, weiß man nichts mehr davon. Man will sich nicht einmal darüber bedenken und kann zuletzt die Akten nicht mehr finden.* (D. Debler, Chronik V/2, 532)

Der Erkundungstrip des bayerischen Majors Karl Roger von Ribaupierre: *. . . tragen den Herrn Bürgermeister in einer Sänfte auf das Rathaus.*

Im Frühjahr 1802 schickte der bayerische Staatsminister Montgélas den ihm persönlich bekannten bayerischen Generalstabsoffizier Major Karl Roger von Ribaupierre nach Franken und in einige Teile des östlichen Württembergs, um zu erkunden, welche Gebiete möglicherweise noch an Bayern fallen könnten – obwohl man längst wusste, dass das Gebiet um Ellwangen, Aalen und Schwäbisch Gmünd württembergische Einflusssphäre war. Der aus altem elsässischen Adelsgeschlecht stammende Ribaupierre (= Rappoltstein) war erst 1799 mit dem neuen bayerischen Herzog Max Josef nach München gekommen. Für ihn war es eine Fahrt in unbekannte Landschaften: Der stets in blauweißer bayerischer Uniform mit einem wehenden Federbusch auftretende Major verheimlichte seine Mission nicht, war sich auch nicht zu schade, in Wirtshäusern die Meinung des einfachen Mannes zu erfragen und in seine Berichte nach München einfließen zu lassen. Natürlich sorgte solch spektakuläres Auftreten für Aufsehen. Anscheinend aber nicht in Schwäbisch Gmünd. Weder das Ratsprotokoll noch der ansonsten auf die Gerüchteküche bestens spezialisierte Kaufmann und zeitgenössische Chronist Dominikus Debler vermerken seine Anwesenheit. Einen letzten Bericht über die Reichsstadt Dinkelsbühl hatte Ribaupierre am 7. Mai von dort nach München abgesandt, ehe er nach einem Besuch in Ellwangen nach Aalen weiterreiste. Über die Reichsstadt am Kocher wusste der Major zu berichten: *Es ist nicht leicht möglich, eine Stadt von schlechterem Ansehen aufzufinden: Lauter häßliche hölzerne Häuser, einige Jahrhunderte alt, schmutzige Straßen mit Holz und Dünger belegt und kein Platz.* Danach ging es weiter über Schwäbisch Gmünd und die Geislinger Steige nach Ulm, von wo am 13. Mai 1802 seine nächste Depesche abging. Nach dieser Terminlage müsste sein Aufenthalt in der Reichsstadt an der Rems um den 10./11. Mai 1802 stattgefunden haben. Da sich sein Bericht über Schwäbisch Gmünd und die dortigen Verhältnisse in vielem mit der Ansicht des Chronisten Dominikus Debler deckt, darf angenommen werden, dass er auch hier in der Stadt

viele Gespräche geführt, sich darüber hinaus aber – wie er selbst schreibt – die neueste Literatur über die Stadt beschafft hat, nämlich das gerade herausgekommene Buch des Pfarrers Alois Rink über die *Geschichte der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd.*

Wie Debler bemängelt auch er die momentane *schlechte Verfassung* des kleinen Staates und weist auf vorgeblichen Eigennutz der regierenden Kreise hin. Erwähnenswert auch sein Diktum über das Gold- und Silbergewerbe in der Stadt und die überproportionale steuerliche Belastung der Bauern auf dem Land. Hier sein Bericht:

Der Umfang der Stadt zeigt an, daß ihre Bevölkerung, nun von 5000 Seelen, sehr abgenommen haben muß. Mit Kirchen, Klöstern und Kapellen ist die Stadt reichlich versehen. Verfassung: Der Bürger hat das Recht, zu jeder Stelle zu gelangen. Die am Ruder ruhende Schwägerschaft aber hat schon Mittel in Händen, die besseren Stellen für sich zu behalten und das Erreichen der geringeren mit solchen Unkosten zu verknüpfen, daß sie nur ad honores gesucht werden können.

Verwaltung: Von dem siebenjährigen Krieg her sind noch Schulden vorhanden. Nichts desto weniger waren die Abgaben stets so beträchtlich angesetzt, daß in der ganzen benachbarten Gegend sich der Landmann glücklich schätzt, kein Gmünder Untertan zu sein. So toll geht es zu, daß man auf die Frage, worin die Bedrückungen bestehen, keinen anderen Aufschluß erhält als: In allem. Auch der Bürger ist so mißvergnügt, daß er nicht zur Rede stehen, nichts von seiner Verfassung will. Die Überzahl der besoldeten Stellen ist ein anschaulicher Stein des Anstoßes, welcher nur mit der Verfassung wegzuräumen ist, deren Ende Bürger und Bauer wünscht. Sie sind überzeugt, daß es nahe ist. Der Anhang des Magistrats haßt württembergisch zu werden, die beträchtliche Gegenpartei wünscht an Bayern zu fallen, zweifelt aber wegen örtlicher Lage daran.

Wohlstand: Bei so bewanderten Umständen kann der Bauer vermöge seiner gut bebauten Felder und besseren Viehzucht sich nähren, seinen Wohlstand aber unmöglich erhöhen. Goldschmiede: In der Stadt arbeiten, nach der geringsten Angabe der Einwohner, über 600 Gold- und Silbeschmiedemeister – nach Rinks ganz neu erschienene „Geschichte der Stadt Gmünd mit einer Charte", welche mir später bekannt wurde, sind deren nur 300. Sie verfertigen meistens sogenannte Galanterieware in Gold zu sechs Karat. Es gebricht ihnen an den benötigten Kapitalien, um selbst ihre Ware im großen in das Ausland zu spedieren. Es bleibt ihnen nichts übrig, als ein nachteiliger Tauschhandel in der Nachbarschaft oder für einige sehr reiche Gmünder Handelsleute zu arbeiten. Diese ziehen den Nutzen des Kunstfleißes an sich; sie spedieren ins Reich, nach Holland und Frankreich, das meiste aber nach Italien. Die Arbeit ist ebenso wohlfeil als zu Öhringen, aber nicht so geschmackvoll. Militär: 15 Infanteristen, fünf Reiter zu Fuß; einer wie der andere hat täglich 13 Kr für Löhnung und Brot.

Was dem bayerischen Major aber als Besonderheit in die Augen stach, war ein alter Brauch in der Stadt, den er so aufnotierte: *Zwei Gemeine, streng ordonanzmäßig angezogen, tragen den Herrn Bürgermeister in einer Sänfte auf das Rathaus.* (Nach H. H. Hofmann: *... sollen bayerisch werden.* Die politische Erkundung des Majors von Ribaupierre durch Franken und Schwaben im Frühjahr 1802, Kallmünz 1954, VIII–X, 29–31)

Freier Reichsbürger oder Untertan?

Im Juni 1802 pfiffen es dann die Spatzen von den Dächern: Schwäbisch Gmünd wird württembergisch. *Der Bürgerschaft macht solches gar keine Bedenklichkeit* – wusste Dominikus Debler zu berichten – *wiewohl es sicher sehr schwerfallen muß, wenn man zuvor freier Reichsbürger und dann Untertan sein solle. Was hilft aber alles, wenn man keine Auskunft,*

keine Ordnung, keine Polizei, keine Unterstützung hat. Was hilft die Freiheit zu denken, zu reden, zu handeln, wie man will und mag und dabei zu armen Leuten werden. Magistratische und Besoldete denken anders und befürchten Rechnung und Untersuchung. Da wird es freilich große Nasen geben. Bei aller anspringenden Gefahr fahren unsere Herren doch nicht vor. Sie glauben gar nicht, daß Gmünd nicht eine Reichsstadt verbleibe und werden ordentlich böse, wenn sie das Gegenteil reden hören. Was man nicht will, das geschehen soll, das glaubt man auch nicht, das es geschehen könne, viel weniger, daß es geschehen werde . . . (V/2, 864) und *wenn wir auch nicht sollten in die Verteilung kommen und sollen wirklich bleiben, was soll es frommen: In Kürze der Zeit müssen wir anhalten, daß uns nur ein Fürst annimmt und auslöst, denn das Elend wird hier von Tag zu Tag größer und schlimmer.* (D. Debler, Chronik V/2, 820)

Am 24. Juli 1802 kam dann offiziell das Aus: Der Agent der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd am Kaiserhof in Wien, Freiherr von Röthlin, berichtete in einem Schreiben dem Magistrat, dass es unabänderliche Tatsache sei, dass die Stadt württembergisch wird. Das Ratsprotokoll vermerkt die Todesnachricht für die Reichsstadt mit zwei nichtsagenden Zeilen: *Legitur* (Wird vorgelesen) *Schreiben von Freyherrn von Röthlin in Wien in Betreff des Entschädigungsplans. Wird beschlossen: Beruhe* (RP. 1802 fol. 118). – Also auf Deutsch: kann ohne Diskussion abgelegt werden, um sich dann sogleich mit anscheinend weitaus wichtigeren Problemen der Abfallbeseitigung in der Stadt zu beschäftigen. Weitaus gesprächiger dazu Dominikus Debler, der seine Meinung zu diesem epochalen Vorgang so ausdrückte: *Unsere Herren haben fraglich großen Augen aufgerissen. Allein sie trösteten sich doch, dass sie bleiben mit ihrem Gehalt. Ob aber das geschehen wird, daran zweifle ich mit vielem Grund. Der Staat hat soviele Schulden, die Bürger und Untertanen können nicht so viele Schatzung bezahlen . . . Ich bin zwar nicht lustig, aber auch nicht traurig über gemeldte Nachricht . . .* (D. Debler, Chronik V/2, 828)

Was folgte war noch ein Treffen der Reichsstädte in Ulm, wo sich auch der Schwäbisch Gmünder Bürgermeister Alois Beiswinger und Stadtschreiber Georg Roell vom 15. bis 22. August aufhielten. Letzte Bemühungen der Reichsstädte in Schwaben noch im September 1802 die drohende Übernahme zu verhindern, schlugen fehl: *Gleichwohl scheinet es keinem Zweifel mehr unterworfen zu seyn, dass viele Reichsstädte, besonders von den Schwäbischen, mit in die Entschädigungsmasse gezogen werden sollen* – sprachen sie sich dafür aus, bei der neuen Herrschaft wenigstens in der Verwaltung noch einige Sonderrechte behalten zu dürfen. Das Papier wurde im übrigen nie beim Reichstag in Regensburg beraten oder gar verabschiedet.

Die militärische Besitzergreifung

Am Abend des 6. September traf in Schwäbisch Gmünd der württembergische Kommissar Regierungsrat von Reischach auf der Post am Marktplatz ein und kündigte am nächsten Vormittag, dem 7. September, auf dem Rathaus dem versammelten Magistrat die zu erwartende militärische Besetzung der Stadt an, nachdem er von Syndikus Roell, dem Oberstättmeister Kucher und Stättmeister Herliköfer in Staatskleidern und mit Degen von seinem Quartier ins Rathaus geleitet worden war. Das Ratsprotokoll vermerkte diese in der Geschichte der Reichsstadt wohl mit einschneidendste Episode mit folgenden Worten: *Actum Schwäbisch Gmünd, den 7ten Septembris in Pleno Extraordinario* (= in einer außerordentlichen Ratsversammlung). *Wird durch einen Herzoglichen Wurtembergischen Comissair die provisorische militairische Occupation der hiesigen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd durch ein herzogliches Reskript sowohl als auch durch ein eigenhändiges Schreiben insinuiert. Ponatur*

insinuatio occupationis civitatis nostrae Gamundianae cum commisario ad acta. Zu deutsch: *Man lege diese Ankündigung der Okkupation unseres Gmündischen Staates durch einen Kommissar zu den Akten.* (RP 1802 fol. 140) Die ganze Prozedur dauerte gerade einmal eine halbe Stunde und von Reischach ging allein wieder zu seiner Herberge zurück. Noch monierte das der Chronist Dominikus Debler als Unhöflichkeit des reichsstädtischen Magistrats gegen den württembergischen Kommissar: *Es wäre wohl anständig gewesen und in vieler Hinsicht notwendig, sie hätten selben wieder auf die Post begleitet, denn in dieser Eigenschaft wäre den Herren keine Perle aus ihrer Krone gefallen.* (D. Debler, Chronik V/2, 847)

Allein schon diese lakonische Wortwahl im Ratsprotokoll zur militärischen Besetzung: *zu den Akten* macht deutlich, dass man in Regierungskreisen in Schwäbisch Gmünd noch immer nicht so ganz richtig an eine Besitzergreifung durch Württemberg glaubte oder glauben wollte. Zwar informierte man die Zünfte am folgenden 8. September über die neue Lage, aber erst die Württemberger schufen wirkliche Fakten: Am 9. September rückten frühmorgens um 6 Uhr 2 Kompanien – etwa 250 Mann – unter dem Kommando des herzoglichen Oberleutnants von Hoven in die Stadt ein, besetzten die Türme und die Stadttore und entwaffneten die Stadtsoldaten oder reihten sie gleich in württembergisches Kommando ein. Das Militär nahm zuerst bei den Bürgern Quartier, später im Waisenhaus. Da es keinerlei Treueverpflichtungen gab, auch der Magistrat nicht auf den Herzog eingeschworen wurde, arbeitete die Zivilverwaltung ungestört weiter wie bisher. Man fand es noch nicht einmal nötig, die militärische Besetzung durch Württemberg im Schwäbisch Gmünder Ratsprotokoll aufzunotieren.

Von nahezu Anfang an bestanden auf magistratischer wie württembergischer Seite keine allzu großen gegenseitigen Symphatien. Sollten je doch welche bestanden haben, so nutzten sie sich bereits nach einem Monat gründlich ab, und die beiderseitigen Beziehungen waren am 9. Oktober 1802 das erste Mal offensichtlich wegen der Unterbringung des württembergischen Militärs auf einem Tiefpunkt angekommen. Der noch amtierende Magistrat wollte natürlich die Einquartierung der württembergischen Soldaten in der Stadt bei seinen Bürgern möglichst verkürzen: Das bedeutete schnell eine geeignete Sammelunterkunft für das Militär zu finden. Das von der Stadt vorgeschlagene Augustinerkloster *behagte* den Militärs nicht, die Fuggerei wurde für Kasernenzwecke als zu klein erachtet. Überlegungen des Magistrats, die Truppen auf das Land zu verlegen, stießen jedoch bei den Troupiers nicht nur auf kein Wohlwollen, sondern auf bittere Abwehr. Der auch für die Truppen in Schwäbisch Gmünd zuständige General kam eigens aus Ellwangen angereist und beschimpfte die Magistratspersonen, *sagte ihnen ins Gesicht, man kenne Gmünd schon und bei Seiner Herzoglichen Durchlaucht seie Gmünd ohnedem sehr übel recommandiert.* (D. Debler, Chronik V/2, 856)

Dominikus Debler, der Zeitchronist dieser turbulenten Tage, gab seine bisherige prowürttembergischen Haltung auf und brachte die gereizte Stimmung der Bürgerschaft in der Reichsstadt bissig kommentierend zu Papier: *Das heisst Herzen gewinnen: Man hat sich doch bisher nicht ausgezeichnet, daß man Gewalt zu brauchen hätte. Die Bürger müssen bald glauben, daß die Leute als Executionstruppen und nicht als Freunde zu uns kommen . . . Daß aber zu dem guten Willen und Aufgang noch sollt über Bürgerschaft im ganzen gleich so geschmäht werden, ist in Wahrheit hart und auffallend . . .* Und: *Einstweil ist es eine provisorische Besetzung und die Bürgerschaft traget die Last und zudem noch Grobheit . . .* (D. Debler, Chronik V/2, 857) Mit dem letzten Satz mochte Debler im strengen juristischen Sinn wohl recht haben. Noch hatte der Immerwährende Reichstag in Regensburg die Einverleibung der Reichsstadt nicht sanktioniert: Doch die Wirklichkeit sah anders

aus. Die Württemberger hatten die wirkliche Gewalt und sie nützten sie jetzt – alle in ihren Augen juristischen Spitzfindigkeiten hintanstellend – weidlich aus.

Am 10. Oktober, morgens ab 9 Uhr, verbreitete sich ein Gerücht wie Feuer in der Stadt: Die Württemberger ziehen aus Schwäbisch Gmünd ab. Das Gerücht verdichtete sich noch, als nachmittags um 15 Uhr bekannt wurde, dass die Hochwachten und der Schutz der Stadttore wieder vom Magistrat übernommen wird und die württembergischen Truppen das Schwäbisch Gmünder Territorium am nächsten Morgen ab 7 Uhr verlassen werden. Grund des Abzugs: Truppen des Kaisers ziehen gegen Württemberg. Nach der ersten Verblüffung kam in der Stadt regelrecht Freude auf, gepaart mit einer großen Portion Häme und Hass auf die Württemberger. Dominikus Debler fasste das Volksempfinden in folgenden Sätzen zusammen: *So geht es, wenn man Sachen so hitzig anpackt und sich noch lustig machen will über des anderen sein Unglück und solche auslacht, so wird man zuletzt selbst belacht . . .* (D. Debler, Chronik VI/l, 37)

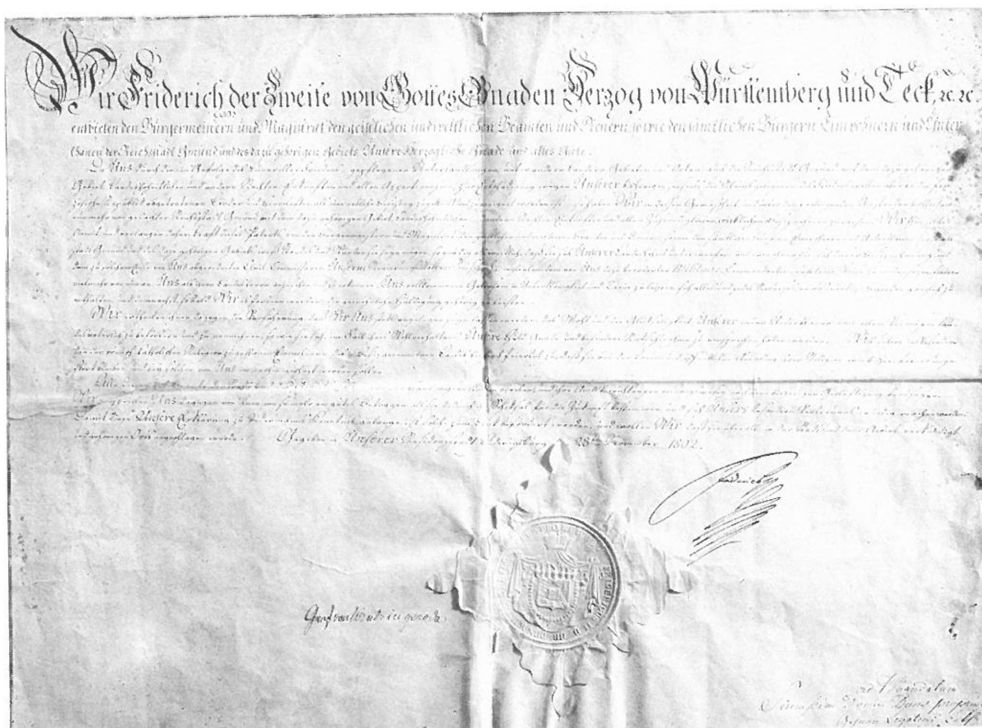
Um so größer war der Katzenjammer, als sich alles als ein Hirngespinst entpuppte. Dazu Debler: *Dieses alles war also ein leeres voreiliges Geschwätz. Wir sind und werden württembergische Untertanen verbleiben; das war nur von solchen Leuten ausgesprengt, welche glauben an ihren Revenuen* (= Einkünfte) *und Herrlichkeiten zu verlieren.* (D. Debler, Chronik VI/1, 38)

Die Zivilbesitzergreifung Schwäbisch Gmünds am 26./27. November 1802 und ihre Folgen

Auf den 23. November 1803 hatte Herzog Friedrich von Württemberg den Termin für die Zivilbesitznahme von Ellwangen, Aalen, Comburg, Schwäbisch Hall und Schwäbisch Gmünd allgemein angeordnet. Am 11. November erschien wiederum Regierungsrat von Reischach beim Regierenden Bürgermeister Alois Beiswinger und forderte ihn auf, in spätestens 14 Tagen eine vollständige Etatliste über die Besitzungen der Reichsstadt in der Stadt und auf dem Land anzufertigen, zugleich bei allen städtischen Kassen einen Kassensturz vorzunehmen. (RP. 1802 fol. 170)

Freiherr von Reischach, der die Übernahme organisieren sollte, bestimmte seinerseits für die Reichsstädte Aalen und Schwäbisch Gmünd als Übernahmekommissar den Rentkammerrat Johann Friedrich Bernritter. Am 26. November, nachmittags, traf Bernritter von Aalen kommend in der Stadt ein, wo er privatim bei der Witwe Elisabeth Debler am Marktplatz Nr. 16 abstieg. (Das folgende nach den Handakten Bernritters, StA Ludwigsburg D 23 Nr. 99) Sofort benachrichtigte er den Regierenden Bürgermeister Alois Beiswinger und forderte ihn auf, mit einigen Magistratspersonen in sein Quartier zu kommen, um die anstehende Zivilbesitznahme durchsprechen zu können. Beiswinger erschien mit Oberstättmeister Doll und Ratssyndikus Roell. Bernritter gab sofort Befehle: Es wurden zwei Amtspersonen abgeordnet, die an allen von ihm bestimmten öffentlichen Gebäuden das herzogliche Wappen anzuschlagen hatten. Mit dem in der Stadt anwesenden württembergischen Militär unter Hauptmann von Nettelhorst nahm Bernritter ebenfalls Kontakt auf um sicher zu stellen, dass das Anschlagen der neuen Wappen problemlos vor sich gehen konnte.

Am folgenden Tag, den 27. November, morgens 9 Uhr, versammelte sich der gesamte noch reichsstädtische Magistrat auf dem Rathaus, vor dem sich das württembergische Militär mit aufgepflanztem Gewehr aufgestellt hatte. Bernritter eröffnete den versammelten Magistratsmitgliedern den ihnen bekannten Grund seines Hierseins und, nachdem er das Besitzergreifungspatent des Herzogs vorgelesen hatte, forderte er alle Magistratspersonen auf, ihrem neuen Herren, dem Herzog von Württemberg, zu huldigen. Wie schon tags zuvor in Aa-



Wir Friderich der Zweite von Gottes Gnaden Herzog von Würtemberg und Teck, etc. etc.

Besitzergreifungspatent des Herzogs Friedrich II. von Württemberg, das Rentkammerrat Johann Friedrich Bernritter am 27. November 1802 dem Gmünder Magistrat vorlas.

len antwortete der Magistrat hinhaltend, er könne diesen Eid nur dann ablegen, wenn er aus seinen älteren Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich entlassen worden wäre.

Bernritter beruhigte sie und antwortete, *daß in Absicht dieser aelteren Pflichten nie eine Kollision eintretten und er deren in kurzer Zeit vollkommen werde entlaßen werden.* Daraufhin schworen alle Magistratspersonen – wie es in den Akten heißt *ohn weiter Bedencken.* Die Geistlichen konnten vorerst noch nicht unter Eid genommen werden, da der Magistrat – so Bernritter – glaubwürdig versicherte, niemals habe die Geistlichkeit gegen die Stadt geschworen und sei nur dem Bischof von Augsburg untertan. Da es – so berichtet Bernritter *leicht eine üble Sensation bey ihnen verursachen dürfte, wenn ich den Verpflichtungsakt auch an ihnen zu exequieren versuchen würde,* ließ er es vorerst sein und meldete dies nur seiner vorgesetzten Stelle zur Entscheidung. Die hat dann aber auf der Beeidigung der Geistlichkeit aller Geistlichen und auch der Klosterinsassen bestanden (Payer 174).

Ab dem 27. November 1802 wurden an allen städtischen Gebäuden das Reichswappen Doppeladler und stellenweise das Stadtwappen, das Einhorn, abgeschlagen und durch das württembergische Wappen und das Inbesitznahmepatent ersetzt, die ehemaligen Schwäbisch Gmünder Grenzpfähle und -steine ebenfalls durch württembergische ausgetauscht. Der Chronist Dominikus Debler witterte hinter dieser Aktion – zumindest was das Abschlagen des Einhorn-Wappens anging – das Wirken des städtischen Magistrat, der sich bei den Württemberger einschmeicheln wollte: *So hat man aus übertriebener Schmeichelei oder vielmehr Unverstands oder Bosheit an den Kirchen-Tor und allenthalben das Einhorn wegge-*



Auf dem Wappenstein sind die Umrisse des abgeschlagenen Einhorns noch deutlich zu erkennen

rissen, geschlagen, gehauen, als wenn jetzt nicht die Stadt ihr altes Stadtzeichen mehr führen dürfte. (D. Debler, Chronik V/l, 397 ff.).

Im Dezember 1802 entfernte man dann sogar die noch erhaltenen zwölf Kanonenkugeln aus dem Schmalkadischen Krieg, die der Magistrat im Gräthof zur Erinnerung an die Eroberung der Reichsstadt durch protestantische hessische und sächsische Truppen im November 1546 mit einer erklärenden Tafel hatte aufstellen lassen, und schickte sie nach Stuttgart. Was sonst noch an Montierungsstücken, Gewehren und Waffen vorhanden war, kam nach Ellwangen. (D. Debler, Chronik VI/1, 34)

Dann kam Bernritter zu dem für ihn Wesentlichen – schließlich war er Steuerfachmann – und ließ sich den schon von Reischach am 11. November geforderten Kassensturz bei sämtlich existierenden Kassen vorlegen. Einem Kassenbestand von immerhin rund 5500 Gulden an barem Geld standen allein Besoldungsforderungen des städtischen Personals in Höhe von ca. 13 203 Gulden und noch weitere aktuelle Forderungen von etwa 5900 Gulden gegenüber (Payer 174–175). Es stellte sich auch schnell heraus, dass nicht nur wenig Geld vorhanden war, sondern dass stellenweise schon über zwanzig Jahre keine richtige Rechnung bei keiner Kasse mehr gestellt worden war.

Ehe er die Unterlagen genauer prüfen konnte, wurde Bernritter zur herzoglichen Hofkammer nach Ellwangen versetzt. In einer Randnotiz vermerkte er zum Schwäbisch Gmünder Kassensturz an (D 23 Nr. 99): *Ich hatte die Absicht, den Magistrat und die Administratoren dieser und aller weiter hienach folgenden Kassen, über welche schon so viele Jahre keine öffentlichen Rechnungen mehr gestellt und abgelegt worden, hierüber um ihre standhafte Verantwortung zu vernehmen. Nachdem aber mein hiesiger Wirkungskreiß durch den hier angestellten Hofkommissar D. Sattler – bevor ich mich diesem Geschäft unterziehen konnte – zu Ende gegangen, so habe ich solches dieser nunmehrigen Behörde noch nachzuholen überlassen.* Im übrigen vermerkte Bernritter abschließend an: *Ein der Statt gehöriges Ar-*

chiv, in der aber der Vorrath an Dokumenten und Akten weder sehr wichtig noch sehr beträchtlich zu seyn scheint, so wie überhaupt auch die Registraturen sich nicht in bester Ordnung befinden, habe ich bereits unter Sigel gelegt. (D 1 Nr. 997). Später kehrte Bernritter für einige Monate nach Schwäbisch Gmünd zurück und versuchte zusammen mit anderen eine hieb- und stichfeste Bilanz der Stadtverwaltung an der Rems aufzustellen.

Mit diesen Maßnahmen war das Ende der Reichsstadt besiegelt. Die ehemals Freie Reichsstadt Schwäbisch Gmünd mit ihrem 160 qkm großen Gebiet und rund 15 000 Einwohnern, davon gut 5000 in der Stadt selbst lebend, war von nun ab integraler Bestandsteil des neu geschaffenen Staates Neuwürttembergs. Das Wirken des Magistrats beschränkte sich ab sofort nur noch auf Geschäfte der inneren Stadtverwaltung, die bisherige Landeshoheit ging auf Neuwürttemberg mit Sitz in Ellwangen über. Aber auch bei städtischen Entscheidungen blieb der Hofkommissar und der spätere Oberamtmann die entscheidende Instanz: Er allein entschied in enger Rücksprache mit seinen Vorgesetzten. Damit war die bisherige kommunale Selbstverwaltung auf fast Null gefahren. Besonders die bisher frei waltenden Magistratspersonen haben das als Schmach empfunden. Es begann in der Folgezeit so etwas wie ein leiser Guerillakrieg zwischen den alten Eliten – allen voran der ehemalige Bürgermeister Alois Beiswinger – und dem neuen starken Mann in Schwäbisch Gmünd, dem Hofkommissar D. Sattler. *Er gehörte zur Garde der jungen, ungemein strebsamen und ehrgeizigen Kanzleiadvokaten, die an Stelle der ursprünglich als Vertreter der Kommissare vorgesehenen Ortseingesessenen, aber nach Einreichung der Personallisten vom Herzog nicht für geeignet befundenen Beamten der neuerworbenen Lande als Oberbeamte unter Leitung der Oberlandesregierungskommission mit Entschiedenheit und Nachdruck die herzoglichen Interessen vertraten und die große Bestandsaufnahme mit Eifer vorwärts trieben.* (Payer 175)

Am 4. Dezember 1802 erschien Sattler zum ersten Mal in einer Stadtratssitzung. Schon allein optisch änderte sich das Sitzungsprotokoll. Hatten bisher die Schreiber der Ratssitzungen mehr oder wenig *genialisch* – mit oft unleserlicher Schrift – das Beschlossene schriftlich niedergelegt, so besticht das erste Protokoll in seiner Klarheit, was formal die Schrift und den Gehalt des Zusammengefassten angeht. Aber was da inhaltlich abgeht, ist purer Absolutismus: Hier wird nicht mehr beraten, sondern vom Hofkommissar gebilligt oder verworfen. Wie ein Oberlehrer ergänzt oder durchstreicht er Passagen im Protokoll, das ihm vorgelegt werden muss. Nach einer kurzen Ansprache forderte er den Magistrat auf, in sämtlich laufenden Verhandlungen und Prozesse sofort schriftlich eingeweiht zu werden und verlangte, drei Tage vor jeder Sitzung über die Beratungspunkte informiert zu werden. Von sämtlichen Kassenverwaltern wird ausdrücklich schriftliche Stellungnahme verlangt, warum so lange Zeit keine regulären Jahresabschlüsse getätigt worden sind. Alle Steuerschuldner werden im übrigen aufgefordert, ihre Steuern sofort zu bezahlen. (RP. 4. Dezember 1802, 173–174 verso)

Versuche des Magistrats, auf der „Gefühlsschiene" beim Vorgesetzten Sattlers, dem Herzog Friedrich von Württemberg, für ein besseres Klima anzusuchen, schlugen offenbar fehl. Hofkommissar Sattler darf weiter wie ein kleiner König herrschen und er genießt offensichtlich seine Macht: Verbot in Zukunft bei Prozessen an die Reichsgerichte zu appellieren, Verbot der Soldatenwerbung durch fremde Mächte, Beschleunigung anstehender Prozesse durch den Magistrat und – was als besonders kleinkariert empfunden wird – der Hofkommissar verbietet *in hiesiger Stadt die bisherigen Zeitungen noch weiter zu halten,* [da es] *nicht nothwendig seyn werde* – ein Schlag in das Gesicht einer Handelsstadt, die bisher gewohnt war, ihre Informationen aus unabhängigen, verschiedenen Quellen sich selbst zu beschaffen. (RP. 9. Dezember 1802, fol. 175–177). In der nächsten Sitzung des Stadtrats vom

11. Dezember werden die letzten Insignien der Reichsstadt beseitigt: Den reichsstädtischen Schwäbisch Gmünder Agenten in Wien am Kaiserhof und beim Reichskammergericht in Wetzlar muss der Dienst gekündigt werden. (RP. 1802 fol. 178)

Was Sattler aber vom Magistrat, den dort handelnden Personen und Offizianten wirklich hielt, wird deutlich in einem amtlichen Bericht an den Herzog vom 23. Dezember 1802 (StA Ludwigsburg D 1 Nr. 997) über den Zustand der Stadt, der, soweit ich das überblicke, in der bisherigen Literatur über die Mediatisierung der Reichsstadt noch nicht ganz ausgewertet worden ist. Der Bericht verdient es, hier ganz abgedruckt zu werden, weil er zum ersten ein grelles Licht auf die Haltung der neuwürttembergischen Beamten gegenüber ihren neuen städtischen Beamtenschaft wirft, zum zweiten lässt er aber auch erahnen, welche Schwierigkeiten die alte Administration den neuen Herren machte und welche Reibungspunkte sich da ergaben. Originalton Sattler:

Die hiesige Stadt nebst ihrem Gebiet gleicht in Absicht ihrer gegenwärtigen Politischen Verfaßung einer Egarten, welche vormals angebautes blühendes Feld war, seit mehreren Jahrzehnten aber durch die Pflichtvergeßlichkeit der aufgestellten Gärtner und Bauherrn biß zu dem Grade verwildert ist, daß sie nun aufs neue und mit der größten Mühe und Sorgfalt urbar und fruchtbar gemacht werden muß. In weiteren Sätzen lobt er das Schwäbisch Gmünder Stadtrechtsbuch Periphrasia des ehemaligen Juristen der Reichsstadt Eustachius Jegers von 1707, offiziell seit dieser Zeit das Gesetzbuch der Stadt, und merkt dazu an: *Die Einsicht eben dieses Gesetzbuchs, nach welchen doch die Rechte der streitenden Theile entschieden werden sollten, den Gesetzen eines Nero gleich bisher auch den Advokaten verweigert worden ist. Nur gar zu gern möchte der hiesige Magistrat seinen bisherigen verderblichen Schlendrian, bei der sich seine Unwissenheit, Arbeitsscheu und Eigennützigkeit wohl befunden hat, beybehalten und daher ist es wohl erklärlich, daß mein Erscheinen auf den hiesigen Posten – so willkommen es auch der Stadt- und Landbewohnern ist, die ihre Freude darüber und die Hoffnung auf heilsame Aenderung der Dinge unter dem gerechten und seegenreichen Scepter Eurer Herzoglichen Durchlaucht laut zu erkennen geben – der Magistrat-Glieder nichts weniger als angenehm gewesen seyn und daß sie, statt mir, wie ich in meiner ersten Anrede ersucht hatte, auf meiner neuen Laufbahn freundlich die Hände zu bieten, es darauf anzulegen scheinen, mir Hindernisse in den Weg zu wälzen und wo möglich eine Stokung in die Justiz- und Polizey-Verwaltung zu bringen, um dadurch wenigstens noch den gedoppelten Zwek zu erreichen, ihre bisherige heillose Verfahrungsart scheinbar zu entschuldigen und sich zugleich den ihren bißherigen Unterthanen und an mir zu rächen. Jedoch wie in jedem Collegium immer nur etliche Glieder sind, die den Ton angeben, so ist es auch im hiesigen Magistrat. Den Vorwurf des Eigennuzes ausgenommen, der beinahe alle in gleichem Maaße treffen dürfte und oft, wenigstens bey Dienstwahlen und sogenannten Gnaden-Sachen . . . biß zur wirklichen Bestechung getrieben wurde, trift daher die Beschuldigung jener Intrigue nur diejenigen, die bißher den Magistrat geleitet haben und zwar – wie ich glaube – nicht mit Unrecht: den Burgermeister Beißwinger, der bisher das Factotum in demselben war und die beyden Rathsconsulenten Röll und Stadlinger. Der Ehr- und Machtsucht des ersteren will der Verlust des Ansehens und seiner Liebe zur Unthätigkeit die izige Aufsicht nicht behagen und letztere finden sich durch eben diese Liebe zur Unthätigkeit, zu welcher sich noch dike Unwissenheit gesellet, und durch ihre notorische Eigennüzigkeit in einer nicht minder unangenehmen Lage. . . . und gegenwärtig hat der Syndikus und erste Rathsconsulent Roell, welchem landwirthschaftliche und andere Spekulationen, Spiel und tägliche Vergnügungen ungleich mehr als sein Amt am Herzen liegen, mehrere Prozeß-Acten bey sich, aus denen er längst schon hätte referieren sollen, inzwischen aber nicht referiert hat, so daß izt Klagen über Klagen zum Vorschein kommen.*

Ferner erkundigte ich mich bey dem Magistrat nach den hiesigen Feuerlösch-Instrumenten und erfuhr dann, daß schon lange her viele Aimer fehlen, die bei bey dem einen und anderen Brand in benachbarten Orten abhanden gekommen und inzwischen nicht wieder ersetzt worden, auch selbst die vorhandenen nicht in tauglichem Zustand seyen. Ich äußerte hierüber mein Befremden mit der Bemerkung, daß es ja höchst betrübt wäre, wenn nun ein Feuer ausbräche und erhielt die ruhige Antwort, daß dieses Ereigniß wirklich höchst betrübt wäre. Ich könnte noch Bögen voll schreiben, wann ich nur diejenigen Mangel aufzählen wollte, die ich während meines kurzen hiesigen Aufenthalts im Fach der Regierungs-, Justiz- und Polizey-Sachen erfahren habe und mit Recht könnte man mit Herzogs Christoph Canzler ausrufen: Allhier geht's wunderlich zu! Diß wissen alle ausherrischen Angrenzer, bei denen sich der hiesige Magistrat durch seine Indolenz und Unwißenheit, so sehr prostituiert hat, besonders die benachbarten Oberamtleute zu Heubach und Lorch ... der Rathssessionen, auf die ich mich durch Lesen der vorkommenden Acten jedesmal präparieren muß, wöchentlich 2mal, künftig aber, da sie nothwendig vermehrt werden müssen 3mal beiwohnen. Mit diesem Beywohnen wäre es nun anderwärts gethan, allein hier muß ich da der Rathsactuar, ein Baumwollenhändler, schlechterdings kein Protokoll zu führen weiß, nach jeder Session, das von ihm geführte Protocoll corrigieren ... Betreffend ferner meiner eigenen amtlichen Expeditionen, so ist in der ganzen Canzley niemand zu finden, der sie nur decopieren könnte ... Die sogenannten Accessisten aber sind im eigentlichen Sinne elende Leuthe, die keinen Begriff von amtlichen Aufsäzen haben und wie die Consulenten selbst, denen sie bißher ihre schlechten Arbeiten decopieren mußten, nicht einmal orthographisch schreiben und recht buchstabieren können ... So verliere ich unnöthiger Weiße unendlich viele Zeit, die ich zu meiner wesentlichen Berufsgeschäften anwenden sollte, da ich eigentlich alles allein arbeiten muß.

Bei der Überprüfung des städtischen Haushaltes, des Spitalhaushalts und der verschiedenen Stiftungen in Schwäbisch Gmünd durch eine württembergische Organisationskommission, stellte sich heraus, dass die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten auch infolge der Kriegseinflüsse schlecht gewirtschaftet hatte, in den letzten Jahren sogar bankrott gewesen war. *Unter bewusster Ausserachtlassen aller Zinsverpflichtungen drückte die Organisationskommission den auf 1028276 Gulden berechneten Schuldenstand der Stadt auf 683632 Gulden herab* (Schroeder, Neuorganisation, 363) und zog zur Tilgung dieser Schulden das Vermögen sämtlicher städtischer Pflegen und Stiftungen heran, deren Prüfung allerdings ebenfalls Grund zur Bemängelung gab.

In Aalen war die Schuldenlast erheblich geringer, aber bereits im Jahr 1803 hatten die Verbindlichkeiten eine Höhe von immerhin 75750 Gulden erreicht, dem nur geringe Guthaben und Außenstände gegenüberstanden. Am 4. Juli 1803 gab Herzog Friedrich der ehemaligen Reichsstadt am Kocher eine neue Munizipalverfassung, der einen Stadtmagistrat mit zwei Bürgermeistern, acht Gerichts- und acht Ratsverwandten vorsah und unter der Oberaufsicht des Oberamtmanns stand.

Da man für Aalen für den Bürgermeisterposten *keinen* Juristen finden konnte, *da sich in Aalen keiner aufhält und die Stadt bei ihrem geringen Vermögen nicht im Stande wäre, eine hinreichende Besoldung auszuwerfen,* schrieb man die Munizipalverfassung um und verlangte für diesen Posten Juristen nur noch, wo es *möglich* sei. Der Stadtmagistrat hatte von nun ab in Aalen wie in Schwäbisch Gmünd nur noch beratende Funktion. Letztlich entschied über alle Angelegenheiten der Oberamtmann in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ministerien.

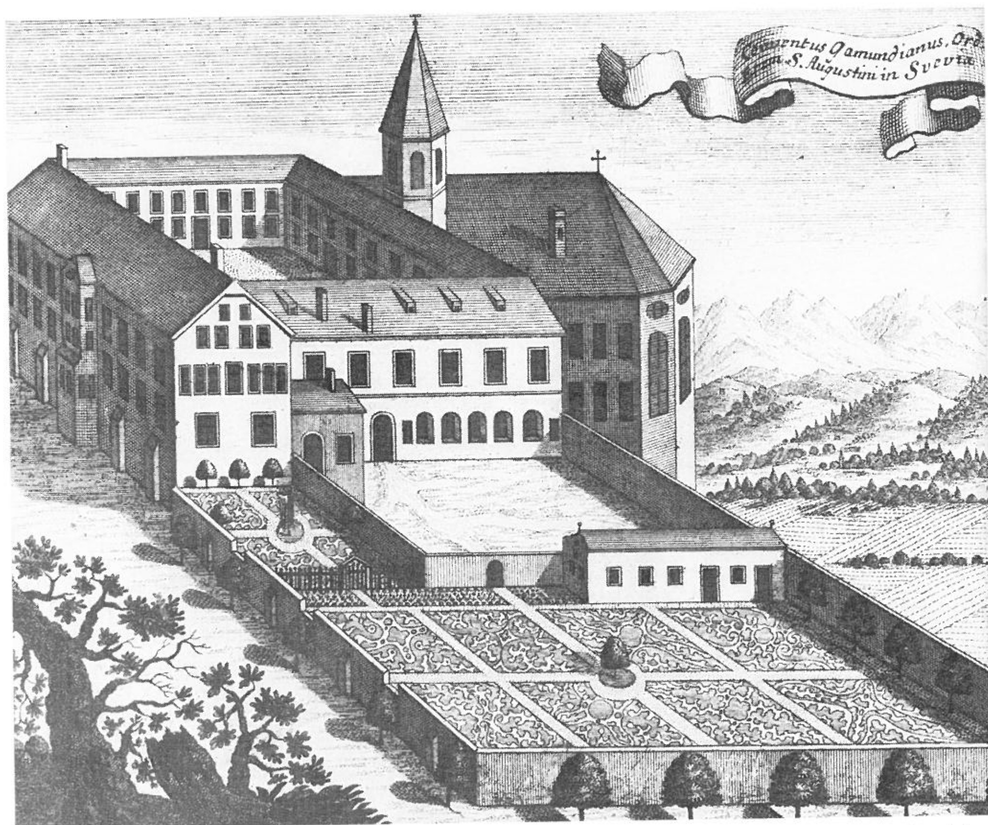
Württemberg wiederum machte mit verschiedenen administrativen Maßnahmen klar, dass man mit dem alten korporativen reichsstädtischen Geist und der herrschenden städtischen

Kultur – die die neuen Herren zumal in ihrer katholischen Ausprägung als hinterwäldlerisch empfanden – in der ehemaligen Reichsstadt an der Rems aufräumen wollte. Zwar wurde die Mehrzahl der ehemals reichsstädtischen Beamten zum 17. Juli 1803 in die neue Verwaltung übernommen, obwohl sie durch die Bank als unfähig eingestuft worden waren, doch die seit Ende des 18. Jahrhundert bestehende Bürgergarde musste sich zum 7. Mai 1804 *wegen illegalem Waffenbesitzes* auflösen, das zumindest seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieg bestehende, jährlich gefeierte überörtlich bekannte und von den Franziskanerpatres betreute Passionsspiel durfte das letzte Mal zur Karwoche 1803 aufgeführt werden.

Was die Altwürttemberger zumindest in ihrer Mehrheit von den ehemaligen katholischen Reichsstädtern und deren Lebensart hielten, erfuhren die Schwäbisch Gmünder aus einer im Jahr 1804 anonym erschienenen *Geographie und Statistik Wirtenbergs* – Verfasser war im übrigen der altwürttembergische protestantische Pfarrer Philip Ludwig Hermann Roeder – die alle Ressentiments auf das schärfste und bissigste focusierte: *Die Einwohner sind in ihrem Fleiß und Gewerbsamkeit, und damit auch in ihrem Wohlstande und Nahrung weit herab gekommen, welches besonders in der Stadt fühlbar ist. Nirgends wird man mehr Bettler finden, welche die Fremden haufenweise anfallen, als in Gmünd, und gewiß nirgends mehr müssige Leute, als eben da. Der Bettel scheint hier in ein Sistem gebracht worden zu sein, und die Bettler ihre eigene Posten besetzt zu haben; denn man findet solche auf der Brücke, Landstraße, in den Gassen und in den Kirchen. Eine besondere Art von Bettlern findet man hier, dieses sind die Kirchenbettler, welches Amt meist alte, häßliche Weiber versehen. Diese kommen, mit dem Rosenkranz in der Hand, zu dem Fremden, fordern ein Almosen, und versprechen dafür ein Vater unser zu beten. Diese Art von religiösen Bettlern hat Gmünd mit Italien gemein. In den Kirchen, bei den Wallfahrten, auf den öffentlichen Pläzen und Häusern um die Stadt, in den Braunbier Gärten und Häusern, findet man immer Leute, die wohl arbeiten könnten und sollten. Die verderblichste Art des Luxus hat eingerissen, nemlich die, wenig zu arbeiten, und dann den Verdienst schnell wieder zu verzehren. Die meisten Handwerker arbeiten nur den Vormittag, des Nachmittags sind sie beim braunen Bier oder auf Wallfahrten. Sogar der gottesdienstliche Luxus muß dazu Veranlassung geben. In der Stadt Gmünd sind zu 5600 Seelen 18 Kirchen, von deren Thürmen ein immerwährendes Geklingel ertönt, welches die Leute einladet, von der Arbeit weg, und in die Kirche zu laufen. Dieses behagliche Nichtsthun wird endlich zur Gewohnheit, und zur Veranlassung, auch andere Zerstreuung aufzusuchen, wozu die Religiosität, die Möncherei und Fanatismus die Hand bieten. Nirgends sind wohl auf einem Punkt so viele berühmte Wallfahrten, als um Gmünd. Der berühmte Rechberg, Bernhardus-Berg, Beiswang, St. Salvator, auch der Minhof, sind Gegenstände, die von ganzen Schaaren, nicht wegen der Andacht, besucht werden, sondern um die Zeit zu verderben und sich Vergnügen zu machen. Werden nun nicht diese Quellen des Müssiggangs verstopft, diese 18 Kirchen bis auf 2 oder 3 geschlossen, und die Wallfahrten, Prozessionen und Feiertage aufgehoben, so wird Gmünd auch bei allen Bemühungen für die Industrie nie wieder zu seinem ehemaligen Wohlstand kommen.*

Zumindest eine Anregung hatte die württembergische Obrigkeit bereits 1803 aufgegriffen und durchgeführt: Sie hatte bereits 22 bisher in der Reichsstadt gehaltene Feiertage für abgeschafft erklärt.

Die Antwort des Chronisten Dominikus Debler auf die Beschreibung seiner Heimatstadt Schwäbisch Gmünd in dieser *Geographie und Statistik* fiel vernichtend aus: . . . *Wenn es nämlich keinem Zweifel unterworfen ist, daß der höchste Wohlstand der Stadt Gmünd, so sich derselbe durch den Ankauf zerschiedener Herrschaften und Gefällen vergrößerte, gerade in die Zeit fällt, wo die Feiertäge, Prozessionen, Wallfahrten und Messen andächtiger als jetzt gefeiret und besucht wurden, so können doch diese Feiertage nicht als ein so wich-*



Seitenverkehrte Ansicht des Augustinerklosters aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, Kupferstich von J. M. Steidlin; stilisierter Hintergrund mit Alpenpanorama

tiges Hindernis der Arbeit und des Handels betrachtet werden, weil man vielleicht nachhero desto fleißiger war und die vom Verfasser vorgeschlagene allgemeine Abschaffung derselben, dürfte dahero bei näherer Prüfing nicht als das zweckmässigste Mittel erfunden werden. Zugegeben auch, daß eine allzu große Menge Feiertage der Arbeitsamkeit nachteilig ist, so sind auch schon im vorigen Jahr unter der neuen Regierung diese Feiertage merklich verminderet worden, wovon aber unser neuer Statistiker ebenso wenig etwas erwähnt, als von der gleichfalls schon im vorigen Jahr geschehenen Demolierung der alten St. Veitskirche, von Schliessung der Augustiner- und Dominikanerkirche usw . . . (D. Debler, Chronik Bd. I, 112)

Die Auflösung und Säkularisation der Klöster in und außerhalb der Stadt

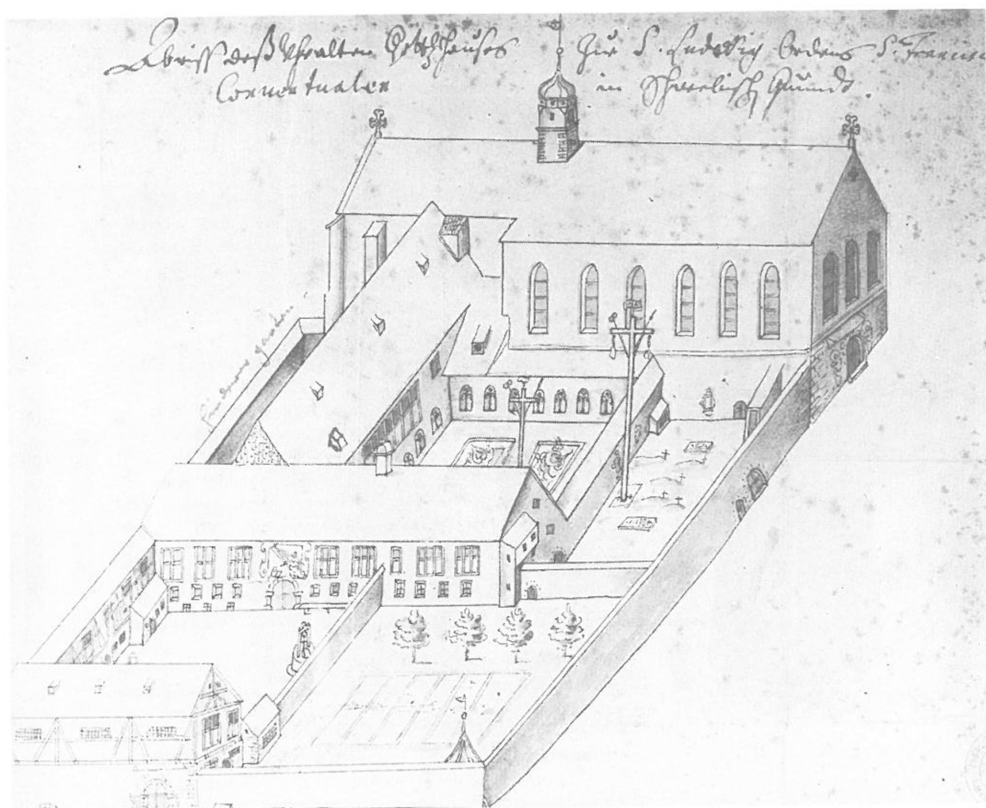
Am 3. Januar 1803 teilte man von württembergischer Seite den **Augustinern** die Auflösung ihres Klosters mit. Am 10. Januar 1803 mussten die Augustiner ihr Kloster verlassen, *nachdem sie die letzte 9-Uhr-Messe gelesen, das Sanctissimum von der Monstranz herausgetan und solches in die Pfarrkirche getragen, dann ist das Kloster geschlossen, das Silber etc. und alles eingeschlossen.* Später wurde das Silbergerät nach Ludwigsburg gebracht (Reskript Herzog Friedrichs II. von Württemberg über die Einsendung allen Goldes, Silbers etc.

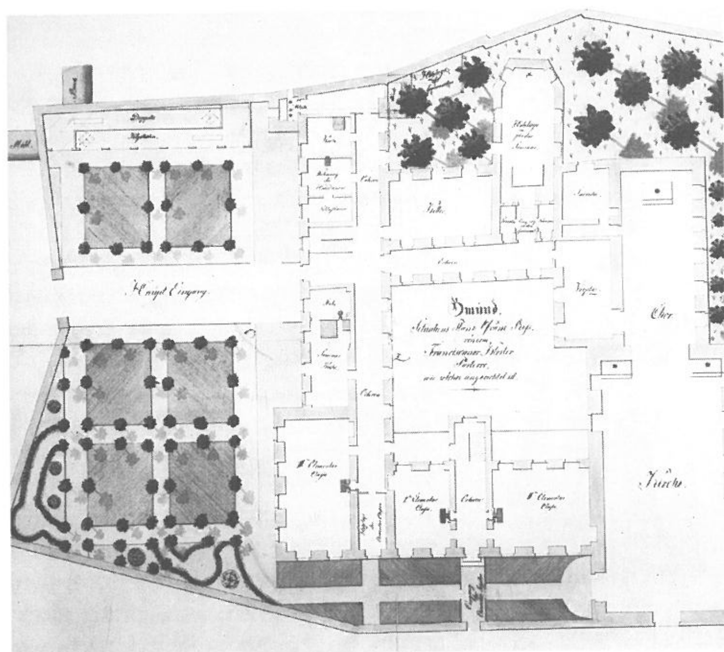
nach Ludwigsburg vom 21. Januar 1803, StAL D 22 Bü. 5) und dort eingeschmolzen. Der Erlös betrug ganze 764 Gulden. Teile der Bibliothek der Augustiner, die augenscheinlich 1700 Bücher umfasste, gingen 1803 – vorwiegend Handschriften und alte Drucke – an die neue Zentralbibliothek in Ellwangen. Wiederholte Kaufgesuche des Schwäbisch Gmünder Advokaten Dr. Mühleisen, den Rest der Bibliothek für 100/110 Gulden aufkaufen zu dürfen, wurden vom württembergischen Fiskus abgelehnt und eine Neuverzeichnung angeordnet. In einer weiteren Ablieferung kamen 1807 die restlichen Handschriften und weitere alte Drucke in die Öffentliche Bibliothek Stuttgart, *1817 die noch „brauchbaren" Bücher in die Seminar- und Universitätsbibliothek Ellwangen, der Rest in die Taubstummenschule Gmünd.* Die aus ihrem Kloster vertriebenen zehn Mönche sollten zuerst bei den Gmünder Kapuzinern untergebracht werden, weigerten sich aber dort einzuziehen. *Hierauf erhielten sie die Erlaubnis bei ihren Verwandten zu wohnen. Sie mußten sich aber bürgerlich kleiden . . . Als Pension setzte die Regierung für einen Pater 100 Gulden fest.* Der letzte Pater der Augustiner starb im Jahr 1816. Die Kirche der Augustiner war zuerst geschlossen worden und seit dem Jahr 1806 als protestantische Garnisonskirche genutzt. Im Jahr 1817 wurde sie evangelische Stadtpfarrkirche. 1803 wurde das Klostergebäude zum Oberamt und Kameralamt umfunktioniert, *da sich die Klosterzellen und größeren Konventsräume gut für Amtsstuben und Wohnungen des Oberamtmanns und Steuereinnehmers eigneten.*

Das Ende der Reichsstadtzeit, der Übergang Schwäbisch Gmünds an Württemberg und die damit verbundene Säkularisierung der Klöster traf die 13 **Franziskaner** vorerst weniger hart als die anderen Klöster: Der wenige Grundbesitz wurde einer neugeschaffenen Schulpflege unterstellt, Prior Pius Lang als Schulvorstand bestellt und zusammen mit zwei weiteren Patres als Professoren durften sie den Unterricht am Gymnasium in ihrem Kloster weiterführen. Am 6. Oktober 1809 wurde Lang von württembergischer Seite ohne Begründung als Leiter der Schule abberufen, eine Woche später das Franziskanerkloster geschlossen, lediglich die zwei Professoren in den Staatsdienst übernommen. Bis 1822 lebten die restlichen Franziskaner als Genossenschaft noch in der Stadt. Alle Prozessionen, außer der Fronleichnamsprozession, wurde ihnen verboten, ebenso das Messelesen und andere karitative Aufgaben wie Almosengeben und Pflege von alten und kranken Menschen. Der letzte Schwäbisch Gmünder Franziskaner starb 1858 als Pensionär in Ellwangen. Im Jahr 1805 untersuchte eine württembergische Deputation, inwieweit sich das Kloster als zukünftiges Zucht- und Arbeitshaus eignen könne. Die Umwandlung der Kirche und des Konvents scheiterten an der Tatsache, dass dem württembergischen Staat die auf rund 1500 Gulden berechneten Schmiedearbeiten für nötige Gitter an Fenstern und Türen zu aufwendig erschienen. Man entschied sich lieber für das vor den Toren der Stadt gelegene Dominikanerinnenkloster Gotteszell. Im Jahr 1825 wurde das Klostergebäude der Franziskaner Sitz des katholischen Schullehrerseminars im Königreich Württemberg; die eigentlichen Umbauarbeiten zogen sich bis 1827 hin. Die ehemalige Klosterkirche wurde 1824 als Seminarkirche für die Zöglinge der Lehrerpräparandie bestimmt.

Die Kapuziner

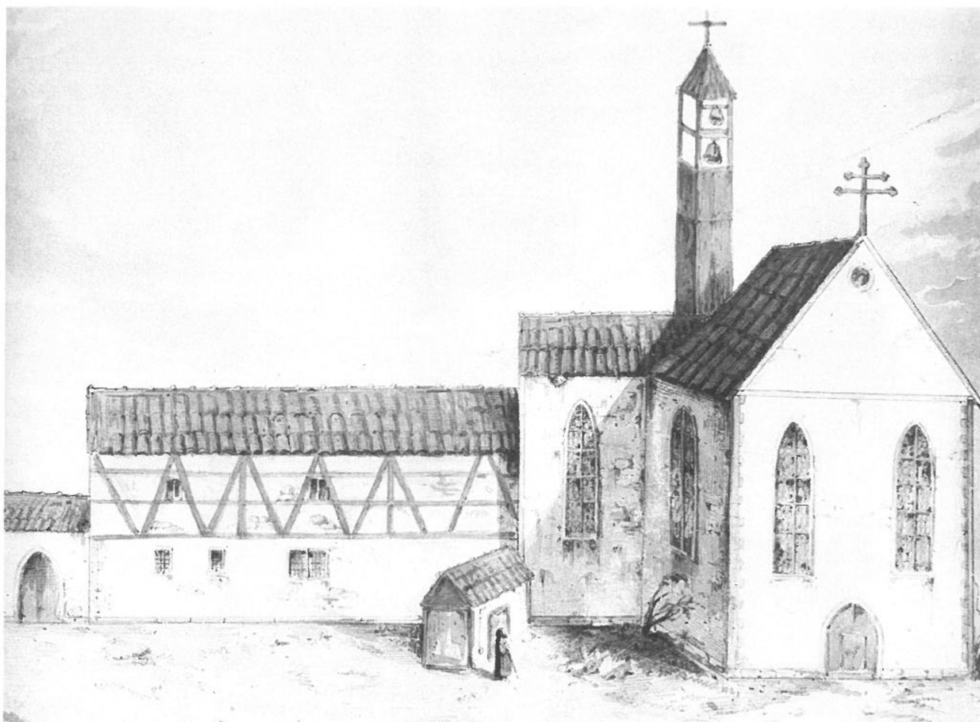
Ende 1802 beim Übergang der Stadt an Württemberg besaß das Kloster lediglich 478 Gulden fester jährlicher Einkommen und 206 Gulden an Stiftungsgelder, im Konvent wohnten 13 Patres und vier Laienbrüder. Da die Auflösung des Konvents und die Versorgung der Mönche den Staat mangels vorhandener Masse vermutlich zu teuer geworden wäre, durfte das Kapuzinerkloster in Schwäbisch Gmünd weiter bestehen bleiben, alle Silbergeräte aber – Kelche und Monstranzen von 8½ Kilo Gewicht – sowie eine Fülle von Reliquien, Figuren,





Oben: Aufriss des Franziskanerklosters um 1760, Handzeichnung unbekannten Ursprungs.

Unten: Grundriss des Franziskanerklosters, Federzeichnung von W. A. Franz um 1840.



Kapuzinerkloster und -kirche, einer Zeichnung in der Debler-Chronik nachempfunden.

Bilder, Wandleuchten aus Holz, Messing und Eisen mussten abgegeben werden. Die Bibliothek, die ebenfalls abgeliefert werden musste, ist außer einigen Stücken heute als verschollen anzusehen.

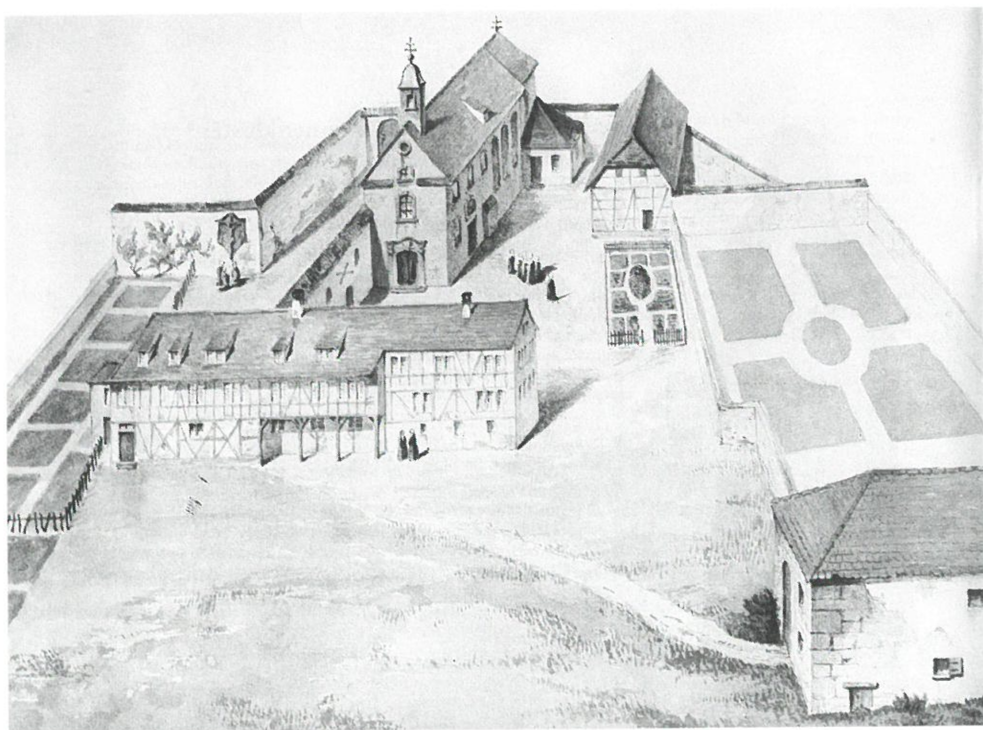
Als im Jahr 1809 der Plan auftauchte, alle Kapuzinermönche in einem Zentralkloster zusammenzuführen, schied das Schwäbisch Gmünder Kloster aus, da damals nur sechs Zellen frei standen, im Kloster immerhin noch neun Patres und vier Laienbrüder lebten.

Am 24. Mai 1810 wurde das Schwäbisch Gmünder Kapuzinerkloster ohne Vorwarnung geschlossen und den Mönchen anheimgestellt, sich innerhalb dreier Tage im Zentralkloster Ellwangen zu melden oder sich mit 50 Gulden Kleidergeld abfinden zu lassen. Zwei Kapuzinermönche blieben als Weltgeistliche zurück, die übrigen zogen nach Ellwangen, wo das Zentralkloster auf den Aussterbeetat gesetzt wurde.

Am 17. Oktober 1810 kündigte der Fiskus die öffentliche Versteigerung der Klosteranlage samt Kirche, Scheuer und Garten an und führte sie am 26. Oktober durch. Den Zuschlag erhielt Regierungsadvokat Herlikofer für insgesamt 3000 Gulden. Beim Abbruch der gesamten Anlage kam das Altarbild aus der Kapuzinerkirche zuerst in die Stadtpfarrkirche, später in die Kirche nach Oberbettringen.

Das Franziskanerinnenkloster

Am 17. Januar 1803 wurde das Franziskanerinnenkloster und die dazu gehörige Kirche geschlossen, am 18. Januar alles Gold und Silber nach Ludwigsburg verfrachtet. Zur Zeit der Auflösung befanden sich 12 Frauen im Konvent, die sich im wesentlichen durch Handarbeit

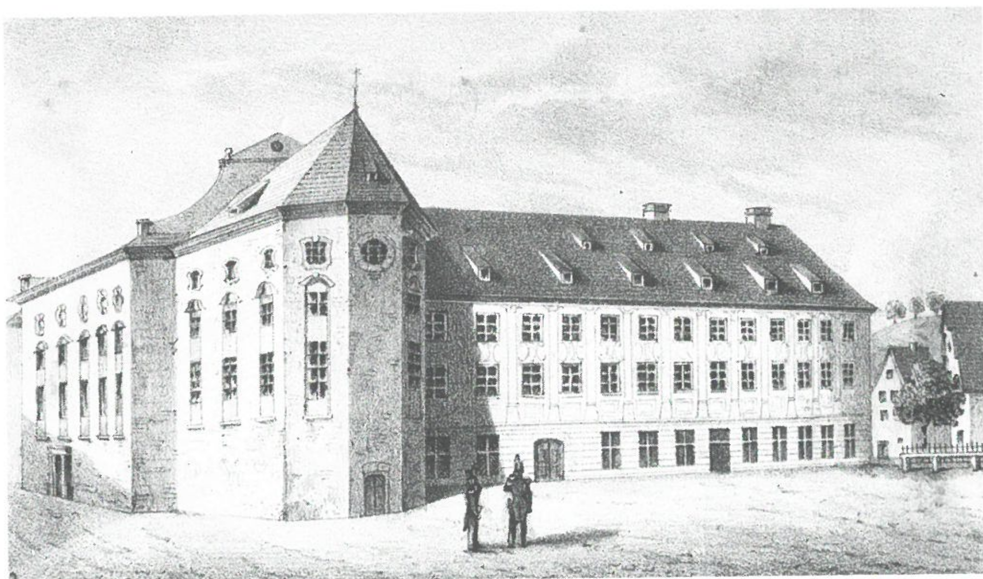


Franziskanerinnenkloster, Handzeichnung um 1765

und aus dem Verkauf von Gemüse aus ihrem großen Klostergarten ernährten. Das Kloster selbst verfügte über 26665 Gulden Kapital. Davon waren aber 22000 Gulden unwiderbringlich verloren, die die Nonnen beim fürstlichen Haus in Oettingen angelegt hatten und von dem sie schon seit über dreißig Jahre keine Zinsen mehr bekamen. Die Nonnen selbst sollten zu den Dominikanerinnen nach Gotteszell ziehen, was sie aber ablehnten.

Ins Klostergebäude zogen nun der Oberamtmann und die Steuereinnehmerei, nachdem das ganze Inventar für 297 Gulden im wahrsten Sinn des Wortes verramscht worden war. Was nun folgte, war für die württembergische Bürokratie eigentlich untypisch und grenzte schon an ein kleines Wunder:

Am 25. April 1803 erhielt der Steuereinnehmer Speidel den kurfürstlichen Auftrag, mit den Franziskanerinnen zu verhandeln: Er sollte sie bewegen, freiwillig das ganze Kloster zu räumen und ihnen dafür Geld in Aussicht stellen. Wenn ihm das aber nicht gelänge, solle er den Frauen das Kloster wieder zurückgeben. Natürlich bestanden die Franziskanerinnen auf der Rückgabe und nun musste die Frage geklärt werden, wer für das schon verkaufte Inventar aufzukommen hatte. Schließlich blieb der schwarze Peter am Oberamtmann Potschka hängen: Obwohl eine vorsichtige Schätzung ergab, dass die Wiederbeschaffung des einfachsten Mobiliars und der Einrichtungsgegenstände den Staat rund 3200 Gulden kosten würde – wie gesagt: für 957 Gulden hatte man das alte Mobiliar verkauft und auf 455 Gulden nur berechnete man das konfiszierte und eingeschmolzene Silber – einigte man sich schließlich auf 850 Gulden Schadenersatz und die Nonnen mussten sich dafür noch überschwänglich bedanken und erklärten *mit einem Herzen voll edler Rührung, daß sie mit untertänigstem Dankgefühl den höchsten Wink befolgen und in der Überzeugung der chur-*



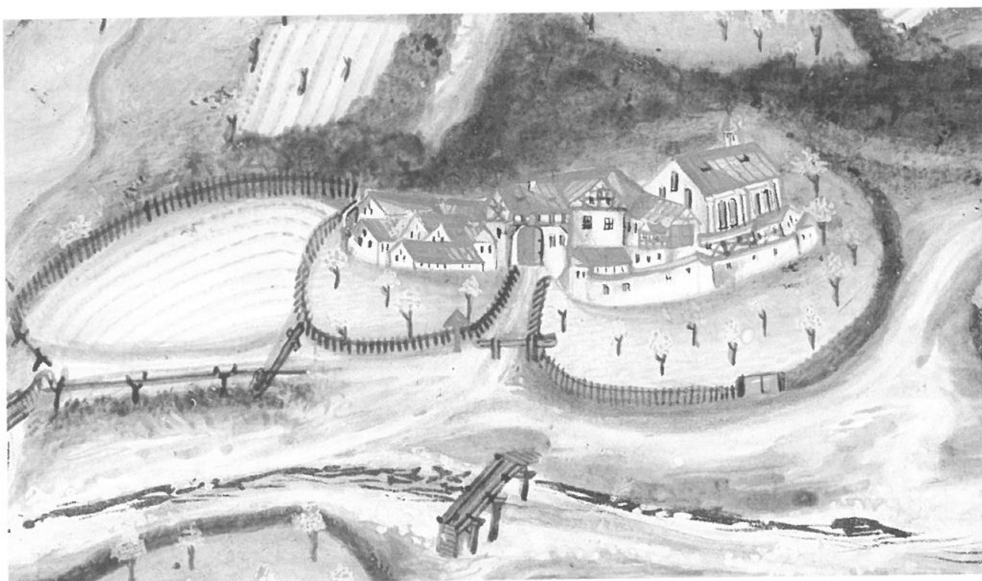
Dominikanerkloster nach dem Umbau zur Kaserne, Lithographie 1847

fürstlichen Großmut hoffen, wenn sie für das nach Stuttgart abgelieferte Tafelsilber und die anderen Kirchengeräte, also für alles, was sie besessen haben, mit 850 Gulden entschädigt würden. Auch für diese zu bezahlenden 850 Gulden wurde der Oberamtmann nun natürlich von seinen Vorgesetzten angepfiffen. Er tat zur Rechtfertigung das, was alle Beamten heute noch nach einem Fehler tun: Er schob alles auf seinen Vorgesetzten Hofrat Süskind, der ihm als Mitglied der Klosterbereisungskommission die Räumung des Franziskanerinnenklosters befohlen habe und damit war die Angelegenheit für ihn auch ausgestanden. Am 30. Juli 1803 kehrten die Nonnen wieder in ihr Kloster zurück, wo sie bis 1825 eine Handarbeitsschule für Mädchen unterhielten. Ihre Kirche blieb geschlossen und wurde seit 1838 als Turnhalle, die Konventsgebäude später als Schule genutzt.

Das Dominikanerkloster

Nach dem Übergang der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd an Württemberg im November 1802 erging bereits am 29. November an die zehn Patres und drei Laienbrüder die Aufforderung, ihr Kloster zu verlassen und zu den Franziskanern zu ziehen. Das Kloster gehörte zu den reichen Landbesitzern: 31 Höfe und beinahe 100 Morgen Waldungen, der Frucht- und Weinzehnten in Hegnach, Einkünfte in den Orten Hoheneck, Neckarweihingen, Poppenweiler, Bieningen am Neckar und ein Teil des Zehnten in Herlikofen und Hussenhofen wurden sofort säkularisiert. Die ungefähr 3000 Bände umfassende, teilweise sehr wertvolle Bibliothek wird vorerst in das Augustinerkloster verbracht und dort verwahrt; kurz nach 1803 kamen Handschriften und alte Drucke in die neue Zentralbibliothek in Ellwangen, im Jahr 1807 die restlichen Handschriften und weitere alte Drucke in die Öffentliche Bibliothek in Stuttgart, 1817 weitere Bücher in die Universitätsbibliothek Ellwangen und der verbliebene Rest in die Taubstummenschule Schwäbisch Gmünd.

Das Kirchensilber musste ebenfalls nach Ludwigsburg abgeliefert werden und wurde dort eingeschmolzen. Es wog über einen Zentner und brachte dem Staat ganze 200 Gulden ein.



Dominikanerinnenkloster Gotteszell, Ausschnitt einer Zeichnung von Jäger v. Jägersberg, um 1700

Vom 9. bis 12. Mai 1803 wurden alle Einrichtungsgegenstände des Klosters um jeden Preis verramscht. Diese Aktion brachte dem Staat 843 Gulden ein. Eine Klosterkultur von über 500 Jahren wurde mit einem Schlag für die erbärmliche Summe von knapp 1000 Gulden völlig ausgelöscht.

Als die Mönche am 29. Dezember 1802 unter größter Anteilnahme der Bevölkerung ihren Konvent verlassen mussten, kam es beinahe zu einem Volksaufstand im katholischen Schwäbisch Gmünd, als die neuen Herren den bisher bei den Dominikanern jeden Morgen abgehaltenen Rosenkranzgottesdienst ersatzlos streichen wollten. Um die Bevölkerung zu beruhigen, musste der Gottesdienst in die Stadtpfarrkirche verlegt werden.

Württemberg benutzte das Kloster als Kaserne und richtete in der Klosterkirche zunächst ein Holzmagazin, ab 1821 einen Pferdestall ein, einen Fakt, den der Stadtmagistrat bestätigte. Das riesige Deckenbild von Johann Anwander wurde in den Jahren zerstört. Der ehemalige Mönchsfriedhof an der Südseite wurde zur Dunglege, später zum Exerzierplatz für die Soldaten umfunktioniert.

Nach langen und zähen Verhandlungen gewährte man den bei den Franziskanerm untergekommenen Dominikanern ein wöchentliches Kostgeld von 52 Gulden. Als die Lage bei den Franziskanern unhaltbar geworden war, räumte der Staat den Patres eine jährliche Pension von 200 Gulden ein; allerdings mussten sie als Privatiers in der Stadt Wohnung nehmen und sich weltlich kleiden.

Das Dominikanerinnenkloster Gotteszell vor den Toren der Stadt

Am 30. Dezember 1802 teilte man auch den Dominikanerinnen in Gotteszell mit, dass ihr Kloster aufgehoben wird. Gotteszell war das reichste Kloster außerhalb der Ringmauern im Osten der Stadt gelegen. Die große Klosteranlage beherbergte den Konvent, die Klosterkirche, ein großes Rasthaus, ein Bauhaus, eine Mühle, eine Wirkerei, ein Brauhaus, drei große Stallungen und zwei Landwohnungen. Das Kloster verfügte über Besitz in mehr als 45 Ort-

schaften mit über 1800 ha. Der württembergische Regierungsbeamte veranschlagte die jährlichen Einkünfte viel zu niedrig auf 10500 Gulden. Darüber hinaus bezogen die Nonnen aus verschiedenen Orten jährlich 4000 Malter Früchte und Getreide und von den verpachteten Klosterhöfen nochmals jährlich 4331 Gulden. Zum Zeitpunkt der Aufhebung ihres Klosters befanden sich in Gotteszell noch 14 Dominikanerinnen, acht Laienschwestern, eine Magd und ein Torwart. Dazu kamen noch einige Handwerker, die die weitläufigen Klostergebäude in Schuss hielten, sechs Knechte und vier Mägde für die Arbeit auf den Feldern und ein Klosterhofmeister, der für die Verwaltung zuständig war. Sofort wurde von den württembergischen Beamten die Klosterkasse mit gerade einmal 200 Gulden Bargeld beschlagnahmt, das Klostersilber, Gold und Kirchengeräte wanderten nach Ludwigsburg, wo sie eingeschmolzen wurden. Der Gesamterlös für alle diese wertvollen Geräte betrug lediglich 1000 Gulden. Am 27. März 1803 verhandelte der württembergische Hofrat Süsskind mit den Klosterfrauen über die Höhe ihrer zu erwartenden Pension. Nach überaus zähen Verhandlungen entfiel auf jede Schwester jährlich 149 Gulden und 27 Kreuzer Pension, die Hälfte dessen, was in der damaligen Zeit als Existenzminimum galt. Immerhin erhielten sie die Zusicherung, bis an ihr Lebensende im Kloster Gotteszell verbleiben zu dürfen. Die Zusicherung galt gerade einmal knapp fünf Jahre. Als 1808 Württemberg beschloss, das Kloster in ein Männerzuchthaus umzuwandeln, mussten die noch verbliebenen achtzehn Frauen weichen. Da sie nicht – wie vorgeschlagen – zu den Franziskanerinnen in die Stadt ziehen wollten, wurden sie am 26. Mai 1808 pensioniert. Die Oberin erhielt monatlich 200 Gulden, die übrigen Schwestern je 175 Gulden.

Das Kurfürstenfest am 6. Mai 1803 in Schwäbisch Gmünd und die Huldigung und der Besuch des Kurfürsten am 20. Juli

Am 25. April 1803 wird Herzog Friedrich von Württemberg in Regensburg zum Kurfürsten erhoben. Die Feier zu dieser Erhebung wurde in allen württembergischen Landen auf den 6. Mai gelegt.

In Schwäbisch Gmünd begann dieser Tag frühmorgens mit andauernden Böllerschüssen. Von 7 bis 8 Uhr wurden alle Glocken in der Stadt geläutet. Um ½8 versammelten sich alle Männer auf ihren jeweiligen Zunfthäusern in der Stadt und marschierten festtäglich gekleidet – also mit schwarzen Mänteln – auf das Rathaus, wo sich bereits der Oberamtmann und der Steuereinnehmer sowie der städtische Magistrat, die gesamte Geistlichkeit und alle Honoratioren versammelt hatten. Unter dem Rathaus paradierte die noch existierende Bürgergarde und die Gesellenkompanie unter türkischer Musik. Dann trat der Oberamtmann auf den Balkon des Rathauses und verlas das Dekret über die Erhebung des Herzogs zum Kurfürsten unter Pauken- und Trompetenschall. Das anschließende dreifache Vivat wollte nicht so recht klappen, besonders was die gewünschte Lautstärke anging, und musste unter Regieanweisung des Oberamtmanns noch einmal wiederholt werden.

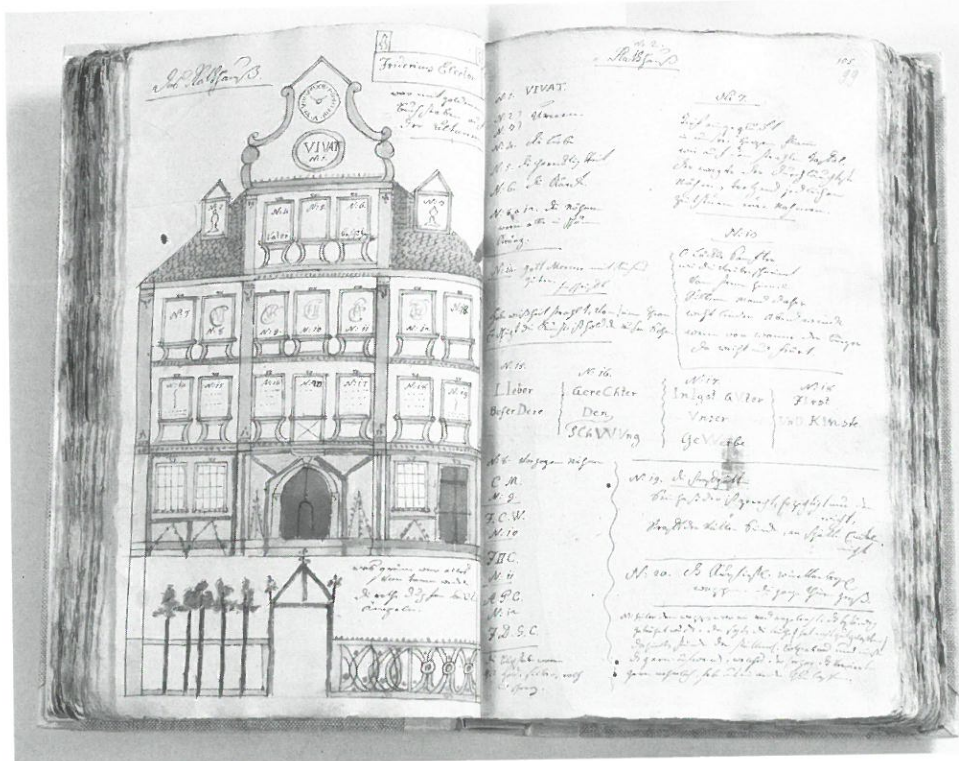
Nach diesem Akt zogen alle Honoratioren in die reich geschmückte Stadtpfarrkirche, wo weißgekleidete junge Mädchen an den Türen Almosen für die Armen sammelten und Pfarrer Thomas Kratzer, wie von württembergischer Seite vorbestellt, eine Predigt nach Psalm 21 Vers 7 und 8 hielt. Nach der Messe wurde wieder von den die Stadt umgebenden Bergen geböllert. Der Honoratiorenzug wechselte ins Gymnasium zu den Franziskanern, wo einer der Professoren eine dem historischen Ereignis würdige Rede hielt. Das Mittagessen wurde gegen 13 Uhr im Gasthaus Goldene Kante auf dem Markplatz eingenommen. Rund 120 Personen nahmen daran teil. Den Nachmittag beendete ein Freischießen auf dem Platz vor dem Waldstettertor: Den Hauptpreis von 15 Gulden gewann ausgerechnet der Chef der abgemus-



Philipp Walter als Major der Bürgergarde, Ölfarben auf Leinwand. Dominikus Debler über Walter: „Man applizierte ihn zur Kaufmannschaft, lernt zuerst in Straßburg, wo er nicht gut getan, dann zu Augsburg, wo er wieder nicht gut getan hat, war ein luftiger Bursche . . .“

terten reichsstädtischen Gmünder Truppe Hauptmann von Storr. Am Abend spielten die Bürgergarde abwechselnd mit der Gesellenkompanie auf dem großen Marktplatz türkische Musik und Blasmusik. Die Bürger bestaunten das festlich illuminierte Rathaus und am Unteren Marktplatz die ebenfalls geschmückte Spitalkirche sowie viele auch an der Stadtpfarrkirche und an Privathäusern angebrachte Triumphbögen mit höchst schmeichlerischen bis speichelleckerischen Inschriften zur Erhebung Friedrichs zum Kurfürsten.

Am 20. Juli desselben Jahres besuchte der Kurfürst in eigener Person Schwäbisch Gmünd und es wurde ihm bei seinem Eintreffen *offizieller* Jubel gespendet. Eine Delegation überreichte Friedrich bei seinem Eintreffen die Stadttorschlüssel auf rosarotem Kissen, die der Monarch huldvoll zurückgab. Was man von Friedrich im Grunde erwartete, drückte eine Inschrift auf einem der vielen Triumphbögen so aus: *Vom Hohenstaufen schaut Friedrich mit Kaisershuld auf Gmünd hernieder / nun bringt der edle Kurfürst Friedrich der Stadt den alten Wohlstand wieder.* (D. Debler, Chronik VI, 173) Nachdem er wohl in der Post auf dem Marktplatz Quartier bezogen hatte, empfing Friedrich Delegationen der Stadt, der Geistlichkeit und des Handelstandes. Danach begab sich der Kurfürst auf das Rathaus, das man mit



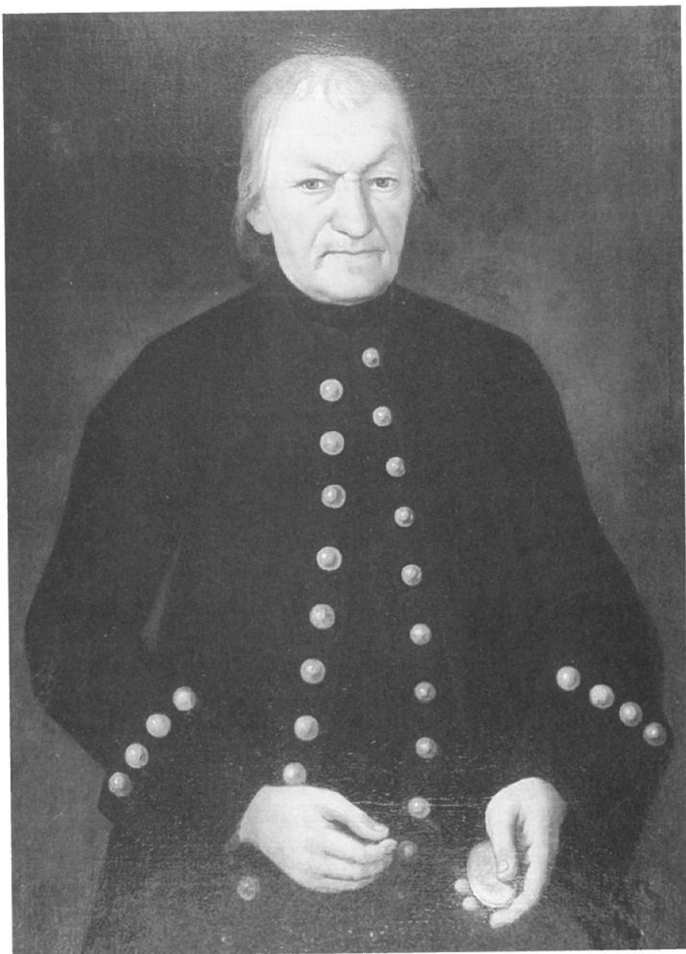
Das zur Huldigung geschmückte Rathaus, Zeichnung aus der Debler-Chronik

Blumen und Orangenbäumen geschmückt hatte und über dessen Eingang der Spruch angebracht prangte: *Heute ist diesem Haus Heil wiederfahren,* um dort dann in einer kleinen Kunstausstellung Arbeiten von Schwäbisch Gmünder Künstler zu besichtigen. *Bei dieser Ausstellung waren namentlich auch viele ansehnliche Spiegel und Stockuhren sowie Kunstgemälde zu sehen. Der Kurfürst verließ anscheinend höchst vergnügt das Rathaus* (Marquart: Der Uebergang der Reichsstadt Gmünd an Württemberg. In: GHBll. 1928, 18–19) und zog in die Stadtpfarrkirche, wo ein feierliches Te Deum gesungen wurde. Anschließend besuchte Friedrich das von ihm aufgelöste Kloster Gotteszell und besichtigte dort Konvent und die Klosterkirche. Zum Abschluss seines Aufenthaltes gab es zum abendlichen Souper noch ein Flötenkonzert und vom Rathaus schoss man ein prächtiges Feuerwerk ab. Danach sperrte der Magistrat den ganzen Marktplatz ab, damit seine Gnaden ohne Straßenlärm die Nacht verbringen konnte, ehe er am nächsten Tag nach Aalen und Ellwangen aufbrach. Am Schmiedtor waren im übrigen neue Triumphbögen angebracht, eines davon mit dem sinnigen Text *Wir sehen Dir nach mit traurigen Blicken und unsere Herzen folgen Dir / lass Deine Liebe uns zurücke, sie bleibe bei uns für und für.*

Organisatorischer Neuanfang mit vielen gegenseitigen Ressentiments: *Schweigen Sie mir von Ihrem elenden Gmünd . . .*

Mitte Juli 1803 schloss man dann mit einer neuen Munizipalverfassung die Eingliederung der ehemaligen Reichsstadt und jetzigen Oberamtsstadt Schwäbisch Gmünd in den neuwürt-

Alois Beiswinger, letzter reichsstädtischer und erster württembergischer Bürgermeister, porträtiert von Johann Georg Strobel, Öl auf Leinwand, um 1790



tembergischen Staat ab. Mangels besserer Leute wurde Erster Bürgermeister wieder das alte Stadtoberhaupt aus der Reichsstadtzeit Alois Beiswinger. Per Dekret wurde zum Abschluss dann im Jahr 1805 der Namen der Stadt Schwäbisch Gmünd zu Gmünd verkürzt, denn Württemberg war nunmehr die Staatseinheit und nicht mehr das gesamte Reich.

Gegen alle diese Neuerungen und auch die strenge Reglementierung des kulturellen wie religiösen Lebens regte sich kein irgendwie messbarer Protest aus der Bevölkerung. Alles in allem aber war die anfängliche Hoffnung auf bessere Zeiten unter Württemberg – wie gesehen – schon längst von nüchterner, dann enttäuschter Stimmung abgelöst worden. Der Schwäbisch Gmünder Chronist Dominikus Debler schrieb als Zeitgenosse über das Verhältnis der neuen Landesuntertanen zu ihrem neuen König Friedrich: *Den 9ten Jenner (1806) kam unser gnädiger König hier an, logierte auf dem Rathaus, speiste über Mittag und ging sogleich ab nach Brenz. Niemand rief Vivat der König! Und was die Ursache? Weil selbst württembergische Beamte nicht anfangten und weil nichts von Herzen geht . . . Liebe und Zuneigung muss auch mit Liebe und Zuneigung erkauft werden: Man tut uns alles Üble und von keinem Guten wissen wir derzeit nichts!*

Lange hielt im übrigen die Aversion der Neuwürttemberger gegen die Altwürttemberger

und anders herum an. Noch im Jahr 1818 bügelte der damalige württembergische Finanzminister von Malchus einen in Stuttgart weilenden Schwäbisch Gmünder Bürgerdelegierten mit den geradezu klassischen Worten ab: *Schweigen Sie mir von ihrem elenden Gmünd: an diesem hat der Staat eine schlechte Acquisition gemacht und es wäre zu wünschen – man könnte diesem Lumpennest wieder los werden.* Und der Chronist Dominikus Debler wusste aus der Handelsstadt Schwäbisch Gmünd im Gegenzug einige Zeit vorher zu berichten: *Wo ein Gmünder hinreist und er sagt, daß er aus dem Königreich Württemberg wäre, wird er verlacht, bedauert . . .* (D. Debler, Chronik VI/2, 305)

Standpunkte, Wertungen und Urteile Schwäbisch Gmünder Historiker

Wohl kein Ereignis in der langen Schwäbisch Gmünder Stadtgeschichte ist so engagiert von der Heimatgeschichtsschreibung beschrieben, ge- und bewertet oder aus mannigfaltigen Gründen einfach übergangen worden, wie die Mediatisierung der Reichsstadt und die dazugehörige Säkularisierung der in und um die Stadt gelegenen Klöster in den Jahren 1802/03 durch das Herzogtum Württemberg. Dabei gab es im Lauf der nunmehr genau vor 200 Jahren stattgefundenen Ereignisse durchaus divergierende Meinungen über das *Für oder Wider,* die *guten oder schlechten Aspekte* der Einverleibung und zwar schon von Anfang an.

In der Reichsstadt an der Rems gab seit dem Jahr 1801 der protestantische Pfarrer Johann Gottfried Pahl aus Neubronn zusammen mit dem Verleger Johann Georg Ritter *Die Nationalchronik der Teutschen. Eine politische Zeitung* heraus, die publizistisch in ganz Deutschland wesentliche Beachtung fand. Bereits vor der Besitzergreifung der Reichsstädte in Schwaben durch Württemberg ließ er in seiner Zeitung die Frage nach der Zweckmäßigkeit diskutieren. So sandte ihm ein fiktiver Korrespondent aus *einer deutschen Reichsstadt* bereits am 21. April 1802 seine Meinung dazu: *Ich bin ein redlicher und eifriger Patriot, und liebe die Verfassung meines Vaterlandes, bey allen Gebrechen seiner Administration, und wenn es aufs Stimmen ankäme, stimmte ich zuerst fürs Alte. Aber ich bin dabey auch freudig überzeugt, daß wir durch unsre Auflösung, in tausend Rücksichten gewinnen und der Geist von Liberalität, Legalität und Humanität, der gegenwärtig beynahe alle Regierungen der grossen teutschen Häuser belebt, läßt mich vor der Zukunft nicht bange seyn. Ich werde mit inniger Rührung von dem alten Bilde unsrer Freyheit Abschied nehmen; aber ich werde dem ungeachtet unserm neuen Oberhaupte mit teutscher Redlichkeit und herzlichem Wohlwollen, den Handschlag der Huldigung reichen.* Danach sah Pahl generell die Auflösung der Reichsstädte positiv im Sinn einer Weiterentwicklung der politischen Einheiten an, zumal er darauf vertraute, dass liberale Politikformen die alten Oligarchien ablösen würden. Je näher aber der Termin der Mediatisierung der Reichsstädte heranrückte, um so kritischer notierte er Schwachstellen auf. Unter dem Titel *Warum niemand eine Veränderung will* notierte seine Zeitung am 14. Juli 1802: *Selbst in den geistlichen Staaten, wo drückende Abgaben und Frohndienste die Unterthanen längst mit Mißvergnügen erfüllen, und in den Reichsstädten, wo einzelne Familien den übrigen Theil des Volkes in trauriger Knechtschaft erhalten, wird – unter Klagen und Murren, über Pfafferey und Aristokratismus – doch die vereinte Stimme des grossen Haufens darauf bestehen, daß man immer lieber das, als etwas anderes wolle. Alles solle beym Alten bleiben. Und: Unter den Ungemächlichkeiten, die von der neuen Ordnung der Dinge zu erwarten stehen, erregt besonders der Militärdienst die Sensation des Volkes, und trägt vielleicht am allermeisten zu dem Widerwillen bey, womit es sich gegen die bevorstehenden Aenderungen sträubt. Diejenigen Länder, welche zur Entschädigung bestimmt sind, kannten bisher, beynahe ohne Ausnahme, dieses gefürchtete Uebel entweder gar nicht, oder nur in den Zeiten heftiger Reichskriege, und auch in diesen*

wurden die Kontingente meistens durch Werbung aufgebracht, und der Unterthan konnte den persönlichen Dienst durch Geldbeyträge, die oft sehr unbedeutend waren, abkaufen . . . und noch am 19. Mai beschwor seine Gazette das Bild des alten Deutschen Reiches, das nirgend so gepflegt werde, wie gerade in den Reichsstädten selbst. Er warnte davor, sie verschwinden zu lassen: *Sollten sie nun gleichfalls politisch vernichtet werden, so würden auch noch die letzten Schatten der alten, ehrwürdigen Reichsform verschwinden.*

Aber der Fakt der Mediatisierung blieb, auch etwa die Säkularisation der Propstei Ellwangen und die der Klöster in Schwäbisch Gmünd selbst. Hier hatte der Protestant Pahl aber überaus keine Bedenken, sondern lobte die Einvernahmepolitik Württembergs. Am 8. November 1802 vertrat er in einem Artikel *Das neue Wirtemberg* im ganzen schon die Meinung, die dann auch in der württembergischen Historiographie des 19. Jahrhundert vorherrschend sein wird: *Wirtemberg ist durch den Frieden der Grafschaft Mömpelgard und der dazu gehörigen Herrschaften los geworden, und erhält dafür, und für die sonstigen in dem Kriege gemachten Aufopferungen, durch die es das innere des Staats reinigt, seine Gränzen arrondiert, und sie auf der Ost-, Süd- und Nordseite, noch beträchtlich erweitert. Die bisherigen Ländereyen des herzoglichen Hauses waren meistens erkauft, erheurathet und erobert, und bildeten eine Gruppe von Städten, Schlössern und Dörfern, deren bunte Gestalt die zufällige Art ihres Ursprungs deutlich genug verrieth. Nun bilden sie ein ununterbrochenes Ganze, von den Gipfeln des Schwarzwalds bis zu den Quellen der Jaxt . . . Die Politik des neunzehnten Jahrhunderts hat in dieser Hinsicht viel mehr vermocht . . .* Pahl hier als Protagonist und Vorläufer der württembergischen Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert, die die Mediatisierung der Reichsstädte und später auch die der reichsritterschaftlichen Gebiete im Jahr 1806 als Fortschritt, auch Fortschritt hin zum deutschen Nationalstaat versteht? Privatim hat er es wohl anders gesehen und gewichtet. Allerdings hat die wirkliche Meinung des späteren Generalsuperintendenten und Prälaten Pahl über Württemberg in diesen Jahren erst sein Sohn Wilhelm publik gemacht, als er ein Jahr nach dem Tod des Vaters (gest. 1839) dessen Memoiren herausgab „*. . . Schweigen, gehorchen und bezahlen*“ – das war sein kurzes und bissiges Resümee über das Vorgehen Württembergs in den neu dazu gewonnenen Gebieten und auch die ehemalige Reichsstadt an der Rems, über die er in seinem Journal ansonsten keine zwei Zeilen verloren hatte, bekam noch *post mortem* eine schöne Ehrung: *Schon der Name der Stadt, aus dem das unsrige* [Journal] *angekündigt wurde, gereichte ihm nicht zur Empfehlung, da sie bei dieser Gelegenheit vielleicht zum ersten Mal in der literarischen Welt genannt ward, während sie in der merkantilistischen, wegen des in ihr verarbeiteten schlechten Silbers einer allgemeinen, zum Sprüchwort gewordenen Ruchbarkeit genoß* (Johann Gottfried von Pahl: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit, hrsg. Von seinem Sohn Wilhelm P., Tübingen 1840, 189; zur Sache vgl. Spranger, Geiger S. 139 not. 59).

Die Meinung des Chronisten Deblers ist sattsam bekannt: Vom Befürworter einer württembergischen Übernahme wurde er zum strengsten und ablehnendsten Feind, nicht Württembergs, aber der württembergischen Beamten seiner Zeit und ihrem Handeln: *Von einem Staatsbeamten: Von Gott, sprichst Du, sei alle Obrigkeit / O daran zweifle ich sehr / Gott ist ein Geist und du / so Geistes arm, so Geistes leer* (D. Debler, Chronik II/1, 30). Ob seine Wut auf alle diese Offizianten generell die Meinung aller – oder doch der meisten – Schwäbisch Gmünder Bürgerinnen und Bürger dieser Umbruchszeit widerspiegelte, muss aus Quellenmangel offen bleiben, ist aber kaum glaubhaft. Außerdem konnte Dominikus Debler mit seiner Meinung nicht massenwirksam werden, denn seine Chronik wurde privat geführt; zu seinen Lebzeiten konnte sie das breite Publikum jedenfalls nicht einsehen.

Debler war im übrigen der letzte, der für eine sehr lange Zeit über Säkularisierung und

Mediatisierung der Reichsstadt schrieb und räsonierte. Sein Schlussurteil über die anbrechende württembergische Beamtenzeit in Schwäbisch Gmünd war und blieb vernichtend: *Es ist so weit bei uns gekommen, daß nicht zu gedenken an die vorige Zeitten. Es war ehedessen hier ein Wohlleben, ein lustiger, nahrhafter Ort. Ich sage, es wird in Zukunft ein toter, elender Ort werden: Wie sich die Zeiten ändern. Der Bürger ist massleidig, betrübt, hat keine Freude: Was wird daraus entstehen? Elend, nahrungslose Familien, Armut!* (D. Debler, Chronik VI/l, 167 zu 1803)

Es scheint gerade so, als ob mit dem Verlust des Reichsstadtstatus auch Gefühl und Gespür für die Geschichte Schwäbisch Gmünds verloren gegangen ist. Bezeichnenderweise erschienen weder zum 25-jährigen noch 30-jährigen Jubiläum in den Jahren 1827 und 1832 irgendwelche Bemerkungen in der hiesigen Tageszeitung, vielleicht weil man die doch arg brachiale Art und Weise der Übernahme und Säkularisierung bei der noch lebenden Erlebnisgeneration in nachhinein vergessen machen wollte oder vielmehr, weil man einfach nicht mehr daran dachte oder die Ereignisse nicht mehr als so wichtig einschätzte.

Genau fünfzig Jahre nach den Ereignissen von 1802 – und ebenfalls im September – besuchte König Wilhelm von Württemberg im Jahr 1852 die Oberamtsstadt Gmünd. Aber auch diesmal wurde nicht die Einverleibung der Reichsstadt gefeiert, sondern der König kam, offiziell um die reitende Artillerie zu inspizieren, in Wirklichkeit aber, um ein sichtbares Zeichen für Versöhnung zu geben, denn die Schwäbisch Gmünder waren in der Mehrheit während der Revolutionsjahre 1848/49 alles andere als königstreu gewesen und waren vom König selbst mit dem in der damaligen Zeit schlimmen Wort *Wühler* bezeichnet worden. Duplizität der Ereignisse: Wie im Jahr 1803 seinen Vorgänger Friedrich empfing man auch ihn mit Ehrenpforten und schmeichlerischen Gedichten. *Die Häuser an der Straße* – so berichtet der Bote vom Remsthal zum 23. September – *durch welche sein Zug gieng, waren fast durchgängig, zum Theil sehr reichhaltig verziert . . . Im Schießthale hatte sich eine große Menge Menschen gesammelt. Auch manchen Republikaner sahen wir, der den König sehen wollte, weil er auch „ihr König" sei.*

Am 4. November 1852 vermeldete dieselbe Zeitung dann nicht die 50-jährige Wiederkehr der Zivilbesitzergreifung Schwäbisch Gmünds, sondern man gedachte vielmehr der 36-jährigen Regierungszeit König Wilhelms. Erst im Jahr 1867 bewertete der aus Unterbettringen stammende katholische Volksschullehrer Michael Grimm in seiner *Geschichte der ehemaligen Reichsstadt Gmünd von Anbeginn bis auf den heutigen Tag* anhand auch von schriftlichen Quellen die Mediatisierung und Säkularisation, wobei er keinen Hehl daraus machte, dass die Gmünder dabei viel eingebüßt hätten. Aufnotiert wird der harsche Ton der württembergischen Verwaltungsbeamten, die den ehemaligen Reichsstädten auferlegten Frohndienste beim Jagen, die übermäßigen Steuern und Stempelgebühren und die verhassten Aushebungen zum Militär. Und was die Aufhebung der Klöster in der Stadt anging, so nahm Grimm kein Blatt vor den Mund: *Die Aufhebung der Klöster von Seiten des Staates war für Gmünd in pecuniärer Hinsicht sehr nachtheilig. Durch sie wurden nehmlich sehr viele Arme der Stadt unterstützt und manche Handwerksleute vortheilhaft beschäftigt. Sie nahmen an den Freuden und Leiden der Stadt lebhaften Antheil. Als man in den 90er Jahren* [des 18. Jahrhunderts] *bei der Stadt einen allgemeinen Schuldentilgungsplan entwarf, wonach die Passiva bis 1815 bereinigt worden wären, steuerten auch die Klöster eine namhafte Summe bei. Während der verschiedenen Kriegsdrangsalen wurden sie mit Einquartierungen etc. keineswegs verschont. Oftmals wurden ihre Behausungen in Spitäler verwandelt. An den Festtagen der Klöster, die übrigens sehr zahlreich waren, strömte eine Masse Volk vom Lande herein, um die heiligen Sakramente zu empfangen etc. Daß bei solchen Anlässen viel Geld liegen blieb, versteht sich von selbst* (Grimm, Geschichte 261).

Weder den wirtschaftlichen noch den territorialen Aspekt beurteilte die Oberamtsbeschreibung von 1870: Sie referierte lediglich die bloßen Fakten der Übernahme und der Säkularisation, wertete sie aber in keiner Weise in positivem oder negativem Sinn.

Auch das hundertjährige Jubiläum im September und November 1902 wurde in der Schwäbisch Gmünder Remszeitung nicht aufnotiert. Anscheinend hielt man den Fakt an sich im Deutschen Kaiserreich und im Königreich Württemberg für so unbedeutend, dass man ihn einfach überging. Erst eine historische Beilage der Remszeitung *Die Gmünder Chronik* griff im Jahr 1908 Säkularisation und Mediatisierung sehr kurz auf. Diese sogenannte Chronik, die im wesentlichen die Chronik des Dominikus Debler abschrieb, vermied bewusst dessen Verdikt über die württembergischen Beamten aufzunehmen – man war jetzt schließlich selbst guter Württemberger – und urteilte allerdings in der Wortwahl verräterisch: *Durch die Okkupation* (sic!) *Gmünds durch Württemberg hatten wir öfters württembergische Truppen im Quartier.*

Urteile und Wertungen: Sie wurden im jetzt republikanischen Württemberg schärfer, konturenreicher. Ein mit E. J. gekennzeichneter Artikel in den Gmünder Heimatblätter 1932 sah die Einverleibung der Reichsstadt mit den Augen eines katholischen Bürgers, jedenfalls spürte man in seinem Verdikt noch nach einhundertdreißig Jahren spürbar Groll: *Die Gmünder haßten die neue Herrschaft, was auch leicht verständlich ist. Erstens wird ein selbständiger Herr nie gern Untertan eines anderen, und zweitens hatte es Württemberg nicht verstanden, in vornehmer Weise auf die Gefühle der alten Reichsstädter Rücksicht zu nehmen. Was Württemberg in den ersten Jahren seiner Herrschaft hier an Kulturgütern zerstörte, ist unersetzlich. Dazu kam natürlich noch der Gegensatz des Bekenntnisses: hier in Gmünd die alte, katholische Bürgerschaft, in Württemberg der strenge Protestantismus . . . Deswegen waren auch die neu zugezogenen Altwürttemberger anfangs nicht beliebt.*

Es soll und kann hier nicht die ganze Literatur in Schwäbisch Gmünd über *Urteile und Wertungen zur Mediatisierung und Säkularisierung* durchgesehen und dargelegt werden. Es darf aber behauptet werden, dass zwei Meinungen sich seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis heute mehr oder weniger gegenüber stehen. Auf der einen Seite eine hier so genannte *großdeutsche* Historiographie, die in diesen kleinen Reichsstädten, geistlichen Territorien und ritterschaftlichen Gebieten den Hemmschuh zur Entwicklung zu einem geeinten Deutschlands gesehen und daher die Auflösung dieser *Zwerggebilden* mit allen Konsequenzen guthieß; auf der anderen Seite die mehr von Kulturhistorikern vorgetragene These, die in der Zerstörung dieses Kulturraums der kleinen politischen Einheiten einen großen Fehler sah und sieht.

Lassen wir noch einige Beispiele für sich selbst sprechen. Im Jahr 1942 – just im September, als die Schlacht von Stalingrad begann – urteilte der damalige ehrenamtliche Stadtarchivar Albert Deibele anlässlich der 140-jährigen Wiederkehr des Ereignisses ganz im Stil der damals vorherrschenden Geschichtsauffassung: *Er* (vertrete) *die These, daß das, was 1802 auch in Gmünd geschah, nur die Frucht einer jahrhundertelangen Entwicklung, ein Meilenstein auf dem Weg zum deutschen Einheitsstaat war. Wenn es auch peinlich und schmerzlich bleibt, daß die deutsche „Flurbereinigung" durch Napoleon vorgenommen worden ist.*

Zehn Jahre später zum 150-jährigen Jubiläum hatte Deibele seine Meinung in wesentlichen Teilen revidiert. Jetzt las man es doch etwas nuancierter, auch was das Vorgehen der Württemberger betraf: *Die Gerechtigkeit verlangt zu bekennen, daß Württemberg in diesen 150 Jahren alles getan hat, um das Wohl unserer Stadt zu fördern. Manche harte Maßnahmen der ersten Jahre mag man bedauern; allein sie erklären sich aus den Schrecknissen der napoleonischen Gewaltherrschaft und dem Zusammenbruch alter überlieferter Staatsformen. Die rastlose, weitsichtige Fürsorge, die Friedrich seinem Lande angedeihen ließ,*

versöhnt uns selbst in etwas mit der Härte und Unbeugsamkeit seines Charakters. Das eine ist sicher: Die Zeit der Reichsstädte war vorbei. Mit oder ohne Napoleon mußten sie verschwinden, denn wenn der Apfel reif ist, fällt er . . . Verhängnisvoller als Kriegselend und Verschuldung war die schlechte Verwaltung der Stadt . . . Jahre, jahrzehntelang wurden die Rechnungen weder gestellt noch geprüft. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die schüchternen Versuche der Reichsstädte, 1798 und 1802 ihre Reichsunmittelbarkeit zu retten, wenig Aussicht auf Erfolg hatten . . . So sehen wir also in Gmünd wie in den meisten übrigen Reichsstädten eine verlotterte Verwaltung, ein Ueberhandnehmen von Schulden, die nahe an den Staatsbankerott heranführten. Dazu die misslichen konfessionellen Verhältnisse! War Württemberg durch seine Landstände damals unduldsam protestantisch, so sehen wir in Gmünd ein ebenso extremes Staatswesen auf katholischer Grundlage. Es mutet noch ganz mittelalterlich an mit seinen Unmengen von Prozessionen, Wallfahrten, Bruderschaften, Klöstern, Kirchen und Kapellen. Wenn so zwei grundverschiedene Staatsgebilde zusammengeworfen werden, kann es natürlich nicht ohne Scherben abgehen . . .

Am ausführlichsten untersuchte Peter Payer aus Freudenstadt in seiner Dissertation Tübingen 1957 *Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd zu Ende des 18. Jahrhunderts und ihr Übergang an Württemberg* den Übergang der Reichsstadt und ihrer Klöster an Württemberg. Auch er vertrat in seinem Gesamtresümee dieselbe Ansicht wie Deibele: *Der Übergang der Reichsstadt an Württemberg war unabwendbar. Mit über einer Million Gulden Schulden stand die Stadt mit ihrem Defizit im Staatshaushalt an der Spitze aller Reichsstädte, die an Württemberg fielen und es konnte kein Zweifel sein, daß ohne staatsrechtliche Veränderung ein Staatsbankrott nicht zu vermeiden gewesen wäre. Aber alle diese Mißstände bei der Regierung und Verwaltung der Stadt waren nur Symptom dafür, daß letzten Endes die Reichsstadt als solche, als staatlich-politisches Gebilde sich selbst überlebt hatte und es nur noch eine Frage der Zeit war, wann und unter welchen Umständen sie und ihre Schwesterstädte, die davon in aller Regel keine Ausnahmen machten, den staatlichen Tod erleiden würden. Politisch waren sie schon lange bedeutungslos geworden, denn ihre mittelalterliche Machtstellung hatten sie an das gewaltig emporstrebende absolutistische Fürstentum verloren und in der Wirtschaft waren sie – unfähig zu konkurrieren – von den merkantilistisch ausgerichteten Volkswirtschaften der größeren fürstlichen Länder erdrückt worden. Es war deshalb für sie zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden, eines Tages in einem größeren Staatsverbands aufzugehen, denn von der schwachen Stellung des Kaisers und dem zerbröckelnden Reich zu Ende des 18. Jahrhunderts hatten sie nichts mehr zu erwarten; Kaiser und Reich konnten sie, die sie selbst kaum mehr in der Lage waren, ihre staatliche Existenz zu behaupten, nicht mehr viel geben. So kann man rückschauend den Übergang der Reichsstadt an Württemberg, der naturgemäß anfänglich Härten mit sich brachte, die nicht zuletzt auch auf die konfessionelle Verschiedenheit der beiden Staaten zurückzuführen waren, nur begrüßen, denn er bot der Reichsstadt die Möglichkeit des Aufgehens in einem lebensfähigeren Staate.*

Pointierter noch brachte es Stadtarchivar Deibele zum Ausdruck, der den schweren Übergang der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd an Württemberg im Jahr 1802 sogar als Fehler der ehemaligen Reichsstädter selbst darstellte: *Die damaligen Gmünder mußten in ihrem Denken gewaltig umlernen, da sie aus einem engen Stadtgebiet kamen, wo einer den anderen kannte, nun aber in eine größere Einheit überführt wurden, die politisch, wirtschaftlich und religiös eine ganz andere Entwicklung genommen hatte als die kleine Reichsstadt. Diese war seit Jahrhunderten gewohnt, in Württemberg ihren größten Gegner zu sehen, der sie in ihrer Entwicklung und ihren althergebrachten Rechten und Freiheiten nur zu gerne schädigen wollte.*

Soweit wollte ihm sein eigener Adlatus und Stadtamtmann Albert Dangel nicht folgen, der 1967 in seinen Untersuchungen besonders über die Auswirkungen der Aufhebung der Klöster in der Stadt doch wiederum darauf hinwies, wie unsensibel die Württemberger mit den ihnen zugefallenen Kulturschätzen und Klosterbibliotheken umgegangen sind. In der großen Stadtgeschichte von 1984 untersuchte Ursula Laurentzsch in einem Kapitel *Der Anfang vom Ende. Politische Strukturen der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd im 18. Jahrhundert* noch einmal diese Umbruchsepoche der Geschichte und auch sie vertritt die These von der Unabdinglichkeit der Übernahme der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd durch Württemberg, allerdings aus reinen wirtschaftlichen Aspekten, da die Stadt infolge der französischen Kriege bankerott gewesen sei. Dieselbe Meinung wie Deibele vertritt auch Richard Storr, der zuletzt im Jahr 1999 *Die letzten reichsstädtischen Bürgermeister und die Vereinnahmung der Stadt Schwäbisch Gmünd durch Württemberg* untersuchte: *Nun stehen wir am Ende der Freien und Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, aber am Anfang einer neuen Zeit voller Hoffnung . . .*

Dr. Peter Spranger hat zuvor 1987 zusammen mit Gerhard Kolb in ihrem Buch *Zeugen ihrer Zeit* auch Quellen und Literatur zum Thema *Die Reichsstadt wird württembergische Landstadt* zusammengestellt, um dem Schüler Material zur Hand im Unterricht zu geben. Auch er schreibt – in Zusammenhang mit dem Besitzergreifungspatent Herzog Friedrich II. von Württernberg und den Kommentaren Dominikus Deblers höchst aufschlussreich: . . . *Die als mögliche Ergänzung zur Urkunde des Herzogs gedachten Kommentare des Chronisten Dominikus Debler zeigen die Kehrseite der Medaille: die leidigen Gmünder Zustände und Ereignisse der Jahre 1802/03 aus der Perspektive eines Zeitgenossen, eines irgendwie typischen Gmünder Bürgers.*

Quellen

Dominikus Debler, Chronik Band 6, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd: Neujahr 1803: 20; Resignation eines Bürgers 1803: 22; Erlass an die neuen Untertanen: 25; Besetzung Gmünds: 25–29; Vereidigung des Rats und der Geistlichen: 27; Zerstörung der Wappen: 27–29; Gmünd wieder freie Stadt: 29–31; Wegnahme von Geschosse aus dem Schmalkaldischen Krieg: 34; Wegfall von Schwäbisch im Namen 35; Drangsale der Stadt: 39–41; Besichtigung der Gebäude: 46; Kurfürst und König in Gmünd 81b, 134–143, 160–162, 295; Kurfürstenfest: 85–120; Neu-Württemberg, Einteilung: 82–84; Streitereien/Intoleranz 122–123; Verlust von Rechten: 132; Streit mit Offizieren: 168–170; Königreich Württernberg 294–296; Rückblick: 336–400.
Staatsarchiv Ludwigsburg D 1 Bü. 996: Ausweisungen über Besoldungen; Bü. 997: Besitzergreifungsbericht von Gmünd und darzugehörigen Land (1802/03). Darin: Verkürzter Bericht des Kammerrats Bernritter über die von ihm vorgenommene Civilbesitzergreifung von Schwäbisch Gmünd, darin auch: Bericht des Hofkommissars Sattler an den Herzog Friedrich über den Zustand der Stadt Gmünd vom 23. Dezember 1802; Bü. 998: Einteilung der Stadt und des Amts Gmünd; Bü. 997: Besitzergreifungsbericht von Gmünd und dem darzugehörigen Land; D 10 Bü. 20: Civilbesitzergreifung 20. November 1802; Bü. 21: Militärkommandanten Besitznahme 16. November 1802; Bü. 22: Rescript für die Landescommissarii zur Civilbesitznahme 20. November 1802; Bü. 33: Fragen an den weltlichen und geistlichen Ortsvorstand, Oberbeamte (Vereinheitlichung von Maasen und Gewichte), Instruktion für die Organisationskommission 19. Februar 1803, Denkschrift über die der Schwäbischen Reichsstädte um die Reichsdeputation 8. September 1802; D 23 Bü. 97: Abschluß der Organisationsgeschäfte 1803 Juli; Bü. 99: Geschäftstagebuch des Rentkammerrats Bernritter, Kommissar für die Organisation des Rechnungs- und Ökonomiewesens und für die Aufstellung der Vermögens- und Besoldungsetats der Klöster in der Stadt Schwäbisch Gmünd 1802 November – 1803 Januar; Darin: Bericht Bernritters über die Besitzergreifung Schwäbisch Gmünds am 24./24. November 1802; Bü. 105: Bereitstellung von Dienstwohnungen für den Oberamtmann, den Steuereinnehmer und den Steueramtsdiener im ehemaligen Augustinerkloster und Anstellung und Besoldung der staatlichen Beamten Juli 1803; Bü. 110: Personal und Vermögen der Klöster in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd. Enthält u. a. Personallisten Augustiner, Dominikaner, Dominikanerinnen, Kapuziner, Franziskaner, Franziskanerinnen 1802; Bü. 111: Einsendung der Sil-

bergerätschaften ins Schloß Ludwigsburg und Veräußerung der Naturalienvorräte der Klöster 1803 Januar bis Mai; Bü. 112: Pensionen und Unterbringung von Klostergeistlichen und -insassen. Enthält u. a.: Aufhebung des Dominikanerklosters 1803 Januar bis September; Bü. 113: Rückgabe des beschlagnahmten Klostergebäudes an die Franziskanerinnen St. Ludwig und Erstattung des bereits verkauften Materials.

Literaturauswahl

A. Dangel: Gmünd wird württembergisch. Einhorn 79 (1967), 7 ff.; einhorn 80 (1967), 70 ff.; einhorn 82 (1967), 242 ff; einhorn 83 (1967), 302 ff.
A. Dangelmaier: „Schweigen Sie mir von Ihrem elenden Gmünd". In: Gmünder Heimatblätter 19 (1958), 52–53;
[A. Deibele]: Gmünd wird württembergisch. Das Ende der Reichsstadtherrlichkeit. In: Schwäbische Rundschau 1942, Nr. 207 S. 3–4 vom 5. September;
A. Deibele: Schwäbisch Gmünd, 150 Jahre württembergisch. In: Gmünder Heimatblätter Nr. 7 (1952), 49–54;
A. Deibele: Gmünd wird württembergische Landstadt. In: Aus der Geschichte der Reichsstadt Gmünd. Schwäbisch Gmünd – 800 Jahre Stadt Schwäbisch Gmünd 1962, 52 ff.;
H. H. Dieterich: Das Franziskanerkloster zwischen Reformation und Säkularisation. In: Gmünder Studien 3 (1989), 37–58;
H. H. Dieterich: Die Kapuziner in Gmünd. In: Barock in Schwäbisch Gmünd. Aufsätze zur Geschichte einer Reichsstadt im 18. Jahrhundert, zusammengestellt von Klaus Jürgen Herrmann, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd 1981, 159–192;
H. H. Hofmann: *sollen bayerisch werden.* Die politische Erkundung des Majors von Ribaupierre durch Franken und Schwaben im Frühjahr 1802, Kallmünz 1954, VIII–X, 29–31;
H. Hummel: Gmünder Bibliotheken im Zeitalter der Säkularisation. Zur Geschichte der Bibliotheken der Augustiner und der Dominikaner, des Kollegiatstifts und der Priesterbruderschaft im frühen 19. Jahrhundert. In: Barock in Schwäbisch Gmünd, hrsg. K. J. Herrmann, Schwäbisch Gmünd 1981, 90–124;
H. Kissling: Augustinuskirche und ehemaliges Augustinerkloster Schwäbisch Gmünd. Schwäbisch Gmünd 1991;
U. Laurentzsch: Der Anfang vom Ende. Politische Strukturen der Reichsstadt im 18. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd, hrsg. K. J. Herrmann, Aalen – Stuttgart 1984, 293 ff.;
P. Payer: Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd zu Ende des 18. Jahrhunderts und ihr Übergang an Württemberg. Diss. der Rechts- und Wirtschaftswiss. Fakultät Uni Tübingen, ungedruckt;
K. P. Schroeder: Das Alte Reich und seine Städte, 1991;
P. Spranger: Die Reichsstadt wird württembergische Landstadt. In: P. Spranger/G. Kolb (Hrsg.): Zeugen ihrer Zeit. Schwäbisch Gmünd 1987, 129–137;
R. Storr: Die letzten reichsstädtischen Bürgermeister und die Vereinnahmung der Stadt Schwäbisch Gmünd durch Württemberg. In: einhorn Jahrbuch 1999, 149–160;
R. Strobel: Die Kunstdenkmäler der Stadt Schwäbisch Gmünd. Band II: Kirchen der Altstadt, München 1995, 3–44: Augustinuskirche und ehemaliges Augustinereremitenkloster mit weiterführender Literatur; 47–95: St. Franziskus und Franziskaner; 190–195: Kapuzinerkloster St. Ulrich abgegangen; 174–184 mit Abbildungen; 196–223 mit Abb. und Pläne;
R. Strobel: Die Kunstdenkmäler der Stadt Schwäbisch Gmünd. Band IV: Kloster Gotteszell (z. Z. in Druck).

einhorn Jahrbuch
SCHWÄBISCH GMÜND 2002



Einhorn-Verlag+Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
29. Jahrgang / 2002
Gegründet von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-95-7

BILDNACHWEIS

Stadt Schwäbisch Gmünd, Informationsamt S. 7, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29
Archiv Einhorn-Verlag S. 31, 33, 35, 37, 169(1)
Stadtarchiv S. 39, 41, 42, 43, 80, 87, 88, 93, 101, 102, 142, 143, 145, 164, 165
Städtisches Museum im Prediger S. 45, 46, 47, 56, 81, 95, 96, 97, 98, 99, 103, 149
Hermann Hänle S. 50, 51, 53, 55
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 58, 59
Reinhard Kuhnert S. 62, 63, 64
Schnappschuß GmbH S. 68
Foto Schweizer S. 69, 72, 73, 76
Privat S. 78, 79, 158, 159, 162, 167, 169(1), 171, 173
Johannes Schüle S. 112, 123,
Hans-Wolfgang Bächle S. 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 136, 137, 138, 139
Klaus Graf S. 147, 152, 153
Rupert-Mayer-Kinderhort S. 166
Schule für Hörgeschädigte St. Josef S. 172
Kerstin Dieterle S. 177
Karl Dietrich Adam S. 181, 185, 188, 189

Umschlagfoto: Anlässlich der „Gmünder Sonnenwochen“ verwandelte sich der Obere Marktplatz vor dem Rathaus in ein Sonnenblumenfeld. Foto: Eduard Stanzel